

interkulturell aktuell

SSIP Mitteilungen

Jg. 63 (2021) H. 1–2

ISSN 2567-5907

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e.V.
gegründet 1959



Aus dem Inhalt:

„Ein WIR für alle“?
Interview mit Heinz Bude

Illegale „Pushbacks“
an EU-Außengrenzen

Covid-19 in den Medien
– „Propaganda-Matrix“ und „othering“

Religion in Jordanien
Gastbeitrag von Rund Sunna

„He hit my phone with his baton. Four times. This is what they do.
When they think your mobile phone is any good, they take it away from
you and keep it. When it is old and cheap, they destroy it.

But i'm lucky. I did not get hurt this time.“

a migrant coming back from the Croation border
Sturlic area, 22.02.2020

Foto: Jesco Denzel, aus der Foto-Serie „Going for Game“,
<https://jescodenzel.com/de/portfolio/going-for-game>

✂	Politik interkulturellen Handelns.....	2
🏛	Interkulturelle Bildung	9
	E. Europa	11
	F. Aus der Forschung.....	23
	I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten.....	26
	K. Konvivenz, Kooperationen.....	28
	M. Migration, Diaspora.....	31
	R. Religion.....	36
	W. Weltinnenpolitik.....	40
	SSIP e.V. Mitglieder-Nachrichten	43
	Impressum.....	44

✂ Politik interkul- turellen Handelns

P1/2021-1_2 EINE WELT und die Bedeutung von Vielfalt

Peter Schwartz ist ein wichtiger Mann. Er hat nicht nur *science-fiction*-Filme gemacht. Er hat das *Global Business Network* (GBN) in Berkeley (Kalifornien) mitgegründet, eine Firma, die andere Firmen im Hinblick auf zu erwartende Zukunftstrends und beim Entwerfen von **Zukunftsszenarios** beriet und später von **Deloitte**, der vielleicht weltgrößten Unternehmensberatung, übernommen wurde. 2011 wurde er bei **Salesforce**, einem weiteren globalen Unternehmen, das für andere Firmen IT-Anwendungen maßschneidert, „*Senior Vice President*“ für Strategische Planung und konnte sich auch „*Chief Futures Officer*“ nennen. Zu Beginn der **Covid-19-Krise** schrieb er mit anderen Zukunftsplanern und alten Kollegen aus dem *Global Business Network* für Deloitte/Salesforce ein **Pandemie-Szenario** unter dem Titel „*The World Remade by COVID-19*“.

Peter Schwartz ist für uns interessant, weil er am 13. August 2020 dem Kulturkritiker des *San Francisco Chronicle*, PETER HARTLAUB, ein Interview gab und dabei ein paar Gedanken zu dem nicht-trivialen Zusammenhang von kultureller Diversität und dem **Zukunftsbild der Einen Welt**, die für viele interkulturell Bewegte so etwas wie ein strategisches Politikziel darstellt, äußerte. Das Gespräch drehte sich eigentlich um den Kontroll- und Überwachungsstaat. „**Diversity**“ allgemein, sagte er, sei total wichtig, wenn man voraussagen wolle, was

als nächstes kommen könnte: „*Every single time, with no exceptions, that I’ve gotten the future wrong, it’s because there was an inadequate diversity of people in the room.*“ Es sei ja nicht so, dass die Zukunft völlig unbekannt bleiben müsse; nur man sehe einfach nichts, wenn man nur zu sich selbst spreche.

Mit dem Blick auf die Pandemie fragte Hartlaub ihn, **Überwachung und Sicherheit** („*surveillance*“) wäre etwas, was uns retten könnte. Aber die Überwachung durch den Staat sei bei den US-Bürgern im Laufe der Zeit in Verruf



Matthew Broderick und Ally Sheedy in *War Games: Kriegsspiele* (1983) (© Metro-Goldwyn-Mayer Studios)

gekommen. Wie sehe er das denn? In seiner Erwiderung nahm Peter Schwartz Bezug auf den Film **Minority Report**, bei dessen Planung Steven Spielberg einen kleinen *think tank* unter der Leitung von Schwartz zusammengetrommelt hatte:

I think it’s a very important question, and one we dealt with in „Minority Report.“ It was clearly a surveillance society. The thing we got wrong about it was that it was not Washington, D.C. - it was Beijing today. [...] I also think the honest truth is - for security reasons, for convenience reasons, and now for health reasons - gradually, we will accept much, much greater surveillance. And in the end we won’t be too bothered by it because - in fact, for most people in most situations - it will be more beneficial than harmful.

Wir steuern in eine digitalisierte Welt, sagt Peter Schwartz, wo wir an jeder Stelle unseren elektronischen Fußabdruck hinterlassen. Das ist das **global village**, wo tatsächlich jeder alles über jeden anderen wissen könne. Das werden wir, sagt er, akzeptieren müssen. Das komme einfach.

Wer von der Einen Welt träumt, darf also die Digitalisierung, nach der jetzt alle rufen, nicht ignorieren und wird sich fragen müssen, was im „globalen Dorf“ mit der Diversität der Menschen und ihrer Lebensentwürfe geschieht. AT

Quelle: <https://www.sfchronicle.com/culture/article/More-surveillance-is-coming-Why-that-might-not-15481965.php> (30.8.2020); [https://en.wikipedia.org/wiki/Peter_Schwartz_\(futurist\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Peter_Schwartz_(futurist)) (30.8.2020); [wikipedia s.v. „Salesforce.com“](https://en.wikipedia.org/wiki/WarGames) (30.8.2020); <https://en.wikipedia.org/wiki/WarGames>; https://en.wikipedia.org/wiki/Global_Business_Network (30.8.2020); <https://www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/global/Documents/About-Deloitte/COVID-19/Thrive-scenarios-for-resilient-leaders.pdf> (30.8.2020).

Peter Schwartz, Jg. 1946, im Jahr 2008, beim 25jährigen Jubiläum des SF-Thrillers *War Games* (© Marcin Wichary CC BY 2.0)



P2/2021-1_2 **Ein Wir für alle?
„Solidarität im Ganzen“**

In einem Zeitungsinterview im Jahr 2019 konstatierte der Kasseler Soziologe **Heinz Bude**:

Das Credo des Neoliberalismus hieß, eine gute Gesellschaft ist eine Gesellschaft starker Einzelner. Daran glaubt heute kaum noch jemand. Man sucht nach einer Zeit der Absolutsetzung des Ichs wieder ein Wir, das Schutz bietet und Bindung verspricht.

Wir-Gruppen, ihre Entstehung – womöglich mittels Stereotypen und Klischees –, ihre Veränderung – durch internen Sinneswandel oder äußere Einwirkung – und die Beziehungen, die zwischen ihnen herrschen – plurales Nebeneinander bis feindseliges Gegeneinander –, all dies sind SSIP-Themen. Große Namen haben darüber – empirisch wie theoretisch – geforscht (Tajfel, Turner, Streck, Elwert, Stuart Hall). Sie haben unsere Vorstellung von Gesellschaft und sie konstituierender Wir-Gruppen ein gutes Stück vorangebracht.

Bei Bude geht es allerdings um **ein Wir**, das strategisch um seinen Begriff der **Solidarität** herum fabriziert werden soll. Auf der Suche nach einem Wir denkt Bude nicht an ein nationalistisches Wir, das „von oben“, staatlicherseits hergestellt oder zumindest wohlwollend gefördert wird wie in Europa im 19. Jahrhundert vielerorten. Das Wir, das er gerne sich entwickeln sähe, ist gefährlicher. Es ist nicht das Wir, das in einer pluralistischen Demokratie in Konkurrenz zu anderen Wir-Gruppen steht und der einzelnen Person Spielräume der Entscheidung gäbe, wohin sie sich orientieren wolle. Es ist ein populistisches Wir, das dadurch entsteht, dass die Bürger untereinander die Bindung miteinander herstellen. Diesen Kollektivismus, der viel besser wirkt als ein staatlich verordneter, weil die Bürger gegenseitig aufeinander „achten“, nennt Bude **„Solidarität im Ganzen“**:

Der Pluralismus der Interessen ist auf eine Solidarität im Ganzen angewiesen. Solidarität verbindet die Verschiedenen und verpflichtet die Einzelnen. Wir sind aufeinander angewiesen, weil nichts laufen würde, wenn andere nicht mitmachen. [...] Solidarität ist keine Einbahnstraße und keine Hängematte. Sie ist vielmehr eine Praxis wechselseitiger Hilfe und zwischenmenschlicher Aufmerksamkeit, an der der Aktivismus der Einzelnen sein Maß findet.

Dem Pluralismus einander gegenüberstehender Wir-Gruppen, die sich in endlosen Prozessen bil-

den, umordnen und auflösen, wie er für westlich-pluralistische Demokratien konstitutiv ist, steht **Bude ablehnend** gegenüber:

Solidarität ist immer auch ein gefährlicher Begriff, weil er ein Wir, das sich abschließt, gegen ein Ich setzt, das als Inbegriff der anderen angeschaut wird.

Diese Sätze stammen aus einem Interview, in dem Heinz Bude auf sein **Buch „Solidarität**. Die Zukunft einer großen Idee“ (Rezension von Ferdinand Niedlich in: SSIP-IKA 61, 2019, H. 1–2, S. 5–7), das gerade erschienen war, aufmerksam machen wollte. Nach der Erfahrung von Freiheitseinschränkungen, die mit dem Hinweis auf die Ausbreitung eines Corona-Virus begründet wurden, verstehen wir, dass Bude nach seinem Solidaritäts-Buch in eine **Geheimkommission** des Bundesinnenministeriums berufen wurde. Im März 2020 konnte die Regierung eine „Solidarität im Ganzen“ gut gebrauchen. Die Kommission stellte unter anderem einen Fahrplan, wie die Bevölkerung am besten **durch Angst gefügig** gemacht werden könnte, her. Das Papier „Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“ wurde bald ins Internet durchgestochen. Wer Mitglied in der Kommission war, blieb länger unbekannt. Es waren neben anderen ein Juniorprofessor, der in Peking an der Universität gearbeitet hatte, ein Lektor an der Universität Lausanne, der für Mao-China wirbt, und der Kasseler Soziologe Bude.

Entsprechend seinem Begriff von „Solidarität im Ganzen“ konnte man **unter Coronabedingungen** bald beobachten, wie in Deutschland die einen Bürger die anderen zurechtwiesen (die Verkäuferin, die die Kundin anherrschte: „Maaaaskel!“) und wie Denunziantentum allüberall einkehrte. In kürzester Zeit entstanden die uns inzwischen geläufigen **Feindbilder**, mit denen Regierungskritiker belegt wurden.

Gott sei Dank gibt es in jeder funktionierenden Gesellschaft Menschen, die nicht das gleiche denken wie andere. Während Bude zufrieden beobachten konnte, wie die Mehrheit der Gesellschaft 2020 einem einheitlichen Narrativ zu folgen begann und die Gesellschaft zu einer gegenseitig verpflichteten **Solidargemeinschaft** zu werden schien, wurden die, die sich gegen die „Solidarität im Ganzen“ abschlossen, als „Corona-Leugner“, „Covidioten“ und „Verschwörungstheoretiker“ diffamiert. So entstand nun doch wieder eine unbequeme Wir-Gruppe – infolge der starken **Moralisierung von „Solidarität“** nun aber eine, die, weil mora-





lisch total diskreditiert, als totaler Feind der Gesellschaft wahrgenommen werden musste.

Bude gibt vor, nicht zu wissen, wie **das neue Wir** aussehen werde: „Deshalb müssen wir es experimentieren. Das Wir, das ich meine, ist ein Wir, das unsere Anstrengung und unsere Fantasie verlangt [...]“.

19. Juli 2020: In einer Sendung, übertitelt „**Die Grenzen der Solidarität**“, versuchte das Kulturradio des ARD-Senders *rbb (Radio Berlin-Brandenburg)* dem neuen Wir, das sich 2020 entwickelte, auf die Spur zu kommen. Die Sendung begann mit einem Zitat von Angela Merkel vom 18.3.2020, das bereits am Anfang eine Schwindelei enthielt:

Das Corona-Virus verändert im Moment das Leben in unserem Land dramatisch. Seit dem zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land, bei der es so sehr auf unser **gemeinsames solidarisches Handeln** ankommt [...]. Und darauf wird es ankommen: Niemanden allein zu lassen, sich um die zu kümmern, die Zuspruch und Zuversicht brauchen [...], andere Formen finden, einander beizustehen.

Es war ja nicht „das Corona-Virus“, welches das Leben im Land veränderte, sondern die Politik mit ihren spezifischen Maßnahmen.

In der Sendung wurden kunterbunt ein paar Antworten auf die Frage „**Was ist solidarisch?**“ eingeblendet:

- „Solidarität ist jeder für den anderen“.
- „Solidarität, dass ich auch für Anliegen von Leuten auf die Straße gehe, die mich nicht direkt betreffen.“
- Ein Mitglied des Kulturbündnisses „Die Vielen“ (s. dazu SSIP-IKA K3/19_1–2, in: ika 61, 1–2 (2019), S. 31–34) assoziierte, „dass es nicht darum geht, dass wir weiter unsere Privilegien haben, sondern dass wir uns nicht teilen lassen und dass wir teilen, und dazu gehört die Solidarität.“
- Eine weitere Antwort war: „Ich denke insbesondere an die Geflüchteten, die an unseren EU-Außengrenzen sind, die in den Lagern in Moria, in Lesbos sind und an die im Moment nur wenige Leute denken.“
- Eine Person warnte, es gebe auch eine „falsche“ Solidarität: Solidarität solle „keine Grenzen haben, außer dass wir nicht einen **falschen Begriff von Solidarität** haben, der Solidarität mit den Chefetagen der Lufthansa [...]“.

- „Solidarisch ist für mich, eine Maske zu tragen, wenn ich unter mehreren Menschen bin.“

Der Soziologe Stephan Lessenich kam ausgiebig zu Wort:

Solidarität ist für mich eine Praxis, wo man gemeinsam etwas macht mit den Betroffenen gewissermaßen, also wo man gemeinsame Interessen erkennt und ein gemeinsames Ziel hat und dann zusammensteht und gemeinsam versucht, ein soziales Problem, einen Missstand, einen Notstand zu bekämpfen, zu bearbeiten, zu überwinden. Die Öffentlichkeit hierzulande ist so strukturiert, dass diejenigen, die eigentlich die sind, mit denen man Solidarität gemeinsam üben müsste, dass die keinen Zugang eigentlich haben, dass sie keine Sprecherpositionen einnehmen. Es gilt auch für sozial Benachteiligte

Lessenich hält die Kriterien für die Einteilung in „vulnerable und nicht-vulnerable Gruppen“ für oberflächlich, denn es seien strukturelle Missstände der Lebensverhältnisse, die Gefährdung erst erzeugen:

Es gibt ganze Milieus, soziale Milieus, die als solche vulnerabel sind, wo es nichts mit dem Alter oder mit chronischen Vorerkrankungen zu tun hat. Das hat etwas mit Einkommen, Bildung, Wohnen zu tun. [...] Wir wissen aus den USA, dass sehr, sehr viel mehr schwarze Menschen, Afro-Amerikanerinnen gestorben sind an Corona, und zwar unabhängig vom Alter [...].

Lessenich machte in der Sendung auf eine oft übersehene Eigenart des Rufes nach Solidarität aufmerksam: Solidarität ist immer auch **Solidarität gegen Andere**.

Aber ich glaube, zentraler Aspekt ist, dass das „Wir“ in der Regel als Einschluss- und Ausschlusskriterium zwischen deutschen StaatsbürgerInnen in diesem Fall und nicht deutschen StaatsbürgerInnen, [...] dass das die zentrale Achse der Unterscheidung ist. Von daher wird auch nochmal deutlich, dass Solidarität immer auch ein Ausschluss-Instrument ist. Es muss immer geklärt werden: Wer gehört dazu, wer gehört nicht dazu? [...]

Das Moment der **Ausschließung im Begriff der Solidarität** liegt indes nicht dort, wo Lessenich glaubt. Während der Corona-Krise ist nicht zu beobachten, dass „Vulnerabilität“ nach nationaler Zugehörigkeit zugeteilt wird. In der Vorgängerkrise 2015 übte die



Bevölkerung ihre „Solidarität“ mit den Flüchtlingen aus den arabischen Kriegsgebieten nicht nach dem Kriterium von deren Nationalität – es war ja auch keine Solidarität, sondern es war eine spontane Hilfsbereitschaft; dieser stand gegenüber der absolute Mangel an mitmenschlichem Empfinden bei einem Horst Seehofer, seinem Ministerium und bei den europäischen Regierungen für die Flüchtlinge, die man – wie in Berlin – Tage und Nächte im Morast stehen ließ oder die man – gestern wie heute – im Mittelmeer ertrinken lässt.

Was Bürger 2015 übten, war Caritas und kümmerte sich nicht um die Nationalität der Balkanläufer, ob Syrer oder Iraker. **Caritas** schließt nicht aus, „Solidarität“ sehr wohl. Solidarität ist im Jahr 2021 der Schlachtruf für die Impfkampagne. Er diskriminiert deutlich, wie es eine Passantin im *Deutschlandfunk* („Europa heute“ 21.7., 9:15) beobachtete: „Es gibt die guten Bürger, die geimpft sind, und es gibt die schlechten, die ausgeschlossen sind.“

Solidarität hat außerdem Teil am Diskurs der **Macht**. Jemandem Schwäche zuzusprechen, ist ein freundlicher Akt der Machtausübung, die gegenüber anderen in der Gesellschaft, nämlich Kindern und Frauen, verpönt ist. Dort heißt die Devise vielmehr: „*Empowerment!*“. Das sprach in der DLF-Sendung am 19.7.2020 die Mitarbeiterin eines Medienportals, das sich für klischeefreie Berichterstattung über behinderte Menschen einsetzt, aus:

Das ist das Bild der schwachen Menschen, das ärgert mich, weil es einerseits stimmt, man ist körperlich schwächer, aber das wird gleich auf die ganze Person gemünzt. Man gilt als komplett schwach, sozial schwach, man fragt vielleicht auch gleich nach dem Nutzen für die Gesellschaft, und ich mag diesen Begriff nicht.

So ist die angebliche moralische Verpflichtung, andere, vor allem die „Vulnerablen“, nicht zu gefährden, doppelbödig. Wer wirklich hilflos ist (und nicht einfach hilflos gemacht wird), dem soll man helfen, so er oder sie dem zustimmt. Von den anderen kann man mit Fug erwarten, dass sie sich selber so schützen, wie sie es möchten. Sonst würde Solidarität in **Entmündigung** resultieren.

Wie lange aber wirkt Solidarität **temporal**? Bange fragte die Moderatorin im Juli 2020: „Und wenn nach den Lockerungen vielleicht doch eine zweite Pandemie-Welle kommt? Wie wird es dann wei-

tergehen? Werden die Genesenen, die sich auf der sicheren Seite fühlen, die Schutzmaßnahmen und Einschränkungen weiter mittragen? Oder sollte dann für sie ein Immunitätsausweis eingeführt werden?“

Die jahrzehntelangen Forschungen an mRNA-Impfstoffen haben zu einer Vakzine geführt, die jetzt angeboten wird. Dürfen nun diejenigen, die auf der sicheren Seite sind, aus der Solidaritätsverpflichtung ausscheren? Der katholische Moraltheologe **ANDREAS LOB-HÜDEPOHL**, Mitglied des regierungsamtlichen Ethikrates, benennt in der DLF-Sendung das Verfallsdatum der Solidarität:

Es ist auch ein Akt der Solidarität, jetzt wo es mir besser geht, diese Sondersituation nicht auszunutzen. Das setzt aber voraus, wir können verlässlich beurteilen, dass eine überstandene Erkrankung eine ausreichende Immunität mit sich bringt.

Erst wenn eine Impfung eine „ausreichende“ Immunität verschaffe, könnte man – so Lob-Hüdepohl – über das Pro und Contra von Ausweisen, die den einen Freiheit bringen und es für andere bei der Einschränkung von Freiheit belassen würden, reden. Vorstellbar sei dann etwa eine Art Unbedenklichkeitsbescheinigung für Immunisierte. Ob das zu der „**Solidarität im Ganzen**“, die einem Heinz Bude vorschwebt, passt?

Eine Gesellschaft mit Zugangsausweisen würde eine Vielzahl von Wir-Gruppen schaffen, die zunächst lediglich Gruppen unterschiedlicher Zugangsberechtigungen wären. Aber es würde nur wenig Zeit vergehen, bis die Personen, die sich umfangreicher Zugangsberechtigungen erfreuen, auch ein ethnozentrisches Überlegenheitsgefühl, zu den besseren Menschen zu gehören, entwickeln werden. In **China** können wir dieses Modell bereits in Form des Systems von Sozialkrediten besichtigen: Je nach obrigkeitlich zugesprochener „Solidarität mit dem Ganzen“ bekommt der Bürger mehr oder weniger Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung. „Anstrengung und Fantasie“ wären dann an ihren Grenzen angelangt. AT

Quellen: Berliner Zeitung (14.3.2019), S. 22; <https://www.welt.de/politik/deutschland/article225864597/Interner-E-Mail-Verkehr-Innenministerium-spannte-Wissenschaftler-ein.html>; rbbkultur (Sendereihe: „Gott und die Welt“): Ursula Voßhenrich, Die Grenzen der Solidarität. Schutz und Hilfe – aber nicht für alle? (19.7.2020; 9.04–9.30 Uhr).



P_{3/2021-1,2} **Othering: Feindmachung und die Medien**

Bei der Gründung des SSIP einte die Mitglieder des jungen Vereins unter anderem ihr Interesse an der Entstehung, der Wirkung und der „Bekämpfung“ von Feindbildern. Dieses Thema ist heutzutage genauso brennend und ungelöst wie vor 60 Jahren. Immerhin – die Forschung ist weitergegangen. Seit den 1980er Jahren hat sich als ein Konzept, das auch die Entstehung und Verwendung von Feindbildern beschreibt, der Terminus **othering** eingebürgert. Als deutsche Übersetzung wird häufig von „Fremdmachung“ geredet; besser ist der Terminus „Fremdstellung“, der sich bspw. in der Interkulturellen Germanistik unter Rückgriff auf Alfred Schütz' Essay „Grundzüge einer Theorie des Fremdverstehens“ (1974) eingebürgert hat. Es bedeutet, eine Person oder eine Gruppe als „anders“ zu kennzeichnen, im Extremfall als den „Feind“. Wir wissen inzwischen, dass alle möglichen Merkmale zur Unterscheidung herangezogen werden können. Das **Anders-Sein** ist kein Sein, sondern eine Zuschreibung. In modernen Gesellschaften übernehmen fast ausschließlich professionelle Instanzen Filterungen dessen, was wir sehen, und Zuschreibungen, wie wir das sehen, was uns zur Wahrnehmung dargeboten wird. **Walter Lippmann** war einer der Pioniere, dies auf den Punkt zu bringen. Seine Beschreibungen und Schlussfolgerungen erschöpfen sich keineswegs in einer Theorie des Stereotyps, für die er in die Lehrbücher eingegangen ist. Sachlich-unromantisch hat er die Welt der Informationen und Bewertungen, in der wir leben, als „Pseudoumwelt“ demaskiert und begründet, wieso es durchaus richtig sei, dass dem Bürger, dem von Natur aus der Überblick fehle, von höherer Warte aus erklärt werde, was der Fall sei. Die Frage unvollständiger oder manipulierter Information ist seit der Konfrontation mit dem **Corona-Virus Covid19** im Jahr 2020 mal wieder besonders konkret geworden.

Moderne Medientheorie, für die Namen wie Lippmann, Ellul und Bernays stehen, erklärt, warum

und wie Menschen zu negativen oder positiven Urteilen über ihre Welt gebracht werden können. Journalisten sind es in der Regel, die uns zeigen, was wir sehen. Nun ist ein Buch erschienen, das anschaulich darstellt, wie die Medien, v.a. die Leitmedien – ARD-Anstalten und Zeitungsverlage –, in der Bundesrepublik die Wirklichkeit, die die Bevölkerung wahrnimmt, aufbereiten. Das ist für den SSIP wichtig aufzunehmen, weil hier **Vorurteile und Feindbilder** in einen kommunikationspolitischen Rahmen eingerückt werden. Der Autor, Michael Meyen, ist gelernter Journalist und hat inzwischen einen Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft an der Universität München. Er hat kein Buch über Corona geschrieben; aber er liefert Erklärungen dafür, was für viele zu den Merkwürdigkeiten bei den Vorgängen ab Februar 2020 ge-

Michael Meyen, *Die Propaganda-Matrix. Der Kampf für freie Medien entscheidet über unsere Zukunft*, München: Rubikon 2021; 215 S.; ISBN-978-3-96789-020-4; 18,— €.

hörte: die plötzliche Gleichförmigkeit der Berichterstattung auf allen Kanälen.

Zugegeben – der Titel ist reißerisch. Der Autor entschuldigt ihn mit der wohlverstandenen Ertragslogik des Verlages. Wer ein Geschäft machen will, darf nicht vor Tamtam zurückschrecken. Aber er tut das mit einem Augenzwinkern, wie so vieles in diesem Buch mit Augenzwinkern und Selbstironie gesagt wird, während das Blut in den Adern gefrieren möchte.

Der Streit um den Titel (Kap. 6) gibt Meyen gleich Gelegenheit zu einer kleinen Begriffsgeschichte des Wortes „Propaganda“. Der Rezensent erinnert sich aus seinen eigenen Forschungen, dass der allgemeine Sprachgebrauch zu Beginn des 20. Jahrhunderts „Vertreter“ noch ganz unschuldig „Propagandisten“ nannte, weil sie das Produkt ihrer Firma anpriesen. Der Kalte Krieg hat dem Wortgebrauch ein anderes „*framing*“ verpasst.

Wenn wir die *Tagesschau* einschalten, erfahren wir nichts über die „Wirklichkeit“. Wir lernen vielmehr, wer es geschafft hat, seine Sicht auf die Wirklichkeit in die Propaganda-Matrix einzuschreiben.

Das ist einer der Kernsätze bei Michael Meyen. Um dem Autor in das Buch zu folgen, ist es hilfreich,



den Film *Matrix* aus dem Jahr 1999 zu kennen. Das erste Kapitel bei Michael Meyen heißt: „Folge dem weißen Kaninchen“. Wer bisher aber mit den Namen Morpheus, Neo und Trinity nichts hat anfangen können, weiß am Ende des Buches, was es mit der roten und der blauen Kapsel auf sich hat.

Das zweite Kapitel beginnt mit einer ironischen Selbstmissbilligung:

Die „Massenmedien! - Herr Meyen, wachen Sie auf. Bild, BamS und Glotze: Das war gestern. Untersuchen Sie endlich das, was heute zählt. Gehen Sie dahin, wo die Leute sind. Instagram, TikTok, Youtube, WhatsApp[, ...] Facebook und Twitter [...]“.

Meyen blickt auf die sozialen Medien, aber erst am Ende des Buches. Vorher führt er den Leser durch die *black box* von Verlagen und Rundfunkanstalten und lässt ihn Blicke werfen auf die Netzwerke und gegenseitigen Rücksichtnahmen, die die Medienwelt der Bundesrepublik formen. Am Ende weiß der Leser etwas mit den großen Namen und schwierigen Begriffen der modernen Soziologie anzufangen: „Narrativ“ (Ulrich Beck), „Nebenöffentlichkeiten“ (Niklas Luhmann), „Gedächtnis“ (Michel Foucault), „Archäologie des Wissens“, „Diskurs“, „Wahrheitsregime“ (Pierre Bourdieu), „Habitus“, „Feld“ (Noam Chomsky). Diese erklärt Meyen unterhaltsam, fast vergnüglich manchmal, an konkreten Vorgängen, die zeigen, wie „Nachrichten“ zustande kommen. Im sechsten Kapitel berichtet er sarkastisch, wie Organisationen und Personen, die er mit Namen nennt, versucht haben, ihn durch eine Mischung von Andeutungen, hinterhältigem *framing*, halben Wahrheiten und falschen Zitaten zu einem „Antisemiten“ und „Verschwörungstheoretiker“ zu stempeln und auf diese Weise aus dem öffentlichen Diskurs zu entfernen. Die Frage „Wer zieht die Grenzen des Sagbaren in den Leitmedien?“ ist eine, die sich durch das ganze Buch zieht. Sie wird auch relevant, um das seit einigen Jahren existierende Phänomen der *cancel culture* zu verstehen.

Auf der Suche nach den Grenzen des in einer Gesellschaft Sagbaren orientiert sich Meyen an dem Buch von Noam Chomsky und Edward S. Herman „*Manufacturing Consent*“ (2002) und der *Indexing Theory* von W. Lance Bennett (1990, 2007):

Die Forschung von Lance Bennett zeigt, dass sich die Leitmedien auch dann am Establishment orientieren, wenn die herrschende Berufsideologie Unabhängigkeit predigt und behauptet, dass es

im Journalismus nur um die „Wahrheit“ geht. Berichtet wird das, was dort zirkuliert, wo die Macht wohnt.

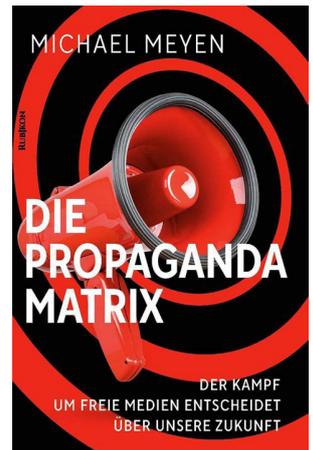
Mit der Filter-Theorie von Chomsky und Herman, wonach (1.) ökonomische Macht und Besitz, (2.) Werbeinteressen und Finanzierung, (3.) Polizei, PR-Stäbe von Behörden und Unternehmen usw., (4.) direkte Interventionen gegen oppositionelle Meinungen („*Flak*“) und (5.) ideologische Grundüberzeugungen (z.B. ein zur herrschenden Ideologie erhobener Antikommunismus) aus der „Wirklichkeit“ eine reduzierte und ideologisierte „Medienrealität“ machen, ist Meyen nicht ganz zufrieden, weil sie zu kurzschlüssigen Verschwörungstheorien verleiten könnte. Stattdessen führt er dem Leser vier „Arenen“ vor.

Die erste Arena ist die „**Diskursordnung**“. Meyen greift für die Erklärung dieses Begriffs in seine eigene Biographie und erzählt dem Leser, er sei an der Küste unter lauter Heringsfischern aufgewachsen. Nun wolle er sich hier zum Hering machen und „so tun, als ob er fliegen kann und den anderen im Schwarm da unten sagen, in welcher Brühe sie umherschwimmen“ (S. 124):

Die Diskursordnung ist für uns das, was für die Fische das Wasser ist [...] Der Raum des Sagbaren. Nach welchen Regeln werden bestimmte „Fakten“ zu einem Thema „wahr“ und andere gleichzeitig „falsch“?

Für das Thema **Vorurteile und Feindbildung**, das Urthema des SSIP, ist Foucault mit der „Ordnung des Diskurses“ extrem erhellend. Der Begriff „Arena“, den Meyen wählt, nicht minder; denn in der Arena findet Öffentlichkeit statt. Dort wird gekämpft, also Politik gemacht. Meyen diskutiert ein paar Kampfmittel, die uns gut in Erinnerung sind: Identitätspolitik mit dem Gendersternchen, den „*Diversity*“-Sprech, den er der neoliberalen Diskursordnung zurechnet, den Bedrohungsdiskurs, der von Angst zu Angst treibt und das Schlagwort der Resilienz hervorgebracht hat.

Ein Satz aus dem neuen Buch des niederländischen Historikers Bregman, den Meyen beiläufig zitiert, ist geeignet, unser Bild von Propaganda in einem wichtigen Punkt zu ergänzen. Wir arbeiten uns an Feindbildern ab und versuchen womöglich, das dahinter liegende Hobbes'sche Weltbild zu erschüttern. Das Anknüpfen an den **Altruismus**, der aus einem positiven Menschenbild hervorgeht, ist





Rutger Bregman, *Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit, aus dem Niederländischen von Ulrich Faure / Gerd Busse*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 2020. - 480 Seiten, ISBN 978-3-498-00200-8, 15,- €

ein ebenso mächtiges Werkzeug medialer Beeinflussung:

Redet den Leuten ein, dass sie es für die anderen tun und vor allem für die, die ihnen am liebsten sind. Oma und Opa. Dann werden sie auch unter dem Weihnachtsbaum mit einer Maske sitzen und auf das Singen verzichten.

Die Moral ist gleichermaßen verführerisch, erkennen wir – komme sie als das Schutzschild gegen das Böse daher oder als flammendes Schwert für das Gute.

Die zweite Arena nennt Meyen die der **Medienlogik**. Er beschreibt mindestens vier Medienlogiken und nennt für die „kommerzielle“ die Corona-Krise als Beispiel: „Corona ist kommerzielle Medienlogik pur.“

Medienlogik [...] ist die Grammatik der Medienkommunikation. Der Bauplan für den Journalismus. Themen, Komposition, Stil, Spin. [...], „die Gesamtheit aller Prozesse“, die „letztendlich Medieninhalte prägen“ - Gesetze [...], die Rekrutierung und Ausbildung des Personals, die Ideale und Ikonen [...], den Blick zur Konkurrenz, die Verhand-

lungen mit den ‚Kunden‘ aus Wirtschaft und Politik [...]. Brot und Spiele, und immer auch ein Tröpfchen Angst.

Mit Hilfe der tagesaktuellen Beispiele und der zahlreichen Hintergrundinformationen, die Meyen parat hat, kann der Leser die Spezifika der vier Arenen im Ansatz nachvollziehen. Es bleiben aber Überschneidungen zwischen den zwei bisher genannten und den zwei folgenden („Medialisierung“ und „journalistisches Feld“), die trennschärfer gegeneinandergestellt werden sollten. „**Medialisierung**“ ist nach Meyen das, was eine bestimmte Medienlogik „aus der Gesellschaft macht“. Bei der kommerziellen Medienlogik entscheiden die Ressourcen:

Geld, das direkt oder indirekt an die Medienhäuser geht, Geld, das in eigene Plattformen investiert wird, Geld, das hilft, Suchmaschinen zu manipulieren, Geld, mit dem man Studien in Auftrag geben kann, die zu Nachrichten werden, Geld, mit dem man Experten [...] lockt.

Das untermauert Meyen mit einer Fülle von Beispielen, etwa das Geld, das DER SPIEGEL von der *Bill- und Melinda-Gates-Stiftung* bekommen hat. In besonders amüsanten Weise versteht der Leser, was mit „Medialisierung“ gemeint ist, an Markus Söders „magischer“ Tee-Pott, dessen Aufschrift bei dem digitalen CSU-Parteitag 2020, während er über die Auswirkungen der Corona-Krise sprach, von „*Winter is coming*“ nach dem Eingießen von heißem Tee zu „*Winter is here*“ wechselte, wobei Meyen nicht vergisst zu erwähnen, dass eines der Planspiele, welche zwischen 2001 und 2019 pandemische Notlagen simulierten, „*Dark Winter*“ hieß. Vielleicht gehört es zu „Medialisierung“, dass etwaige Nachrichtenbezüge wie dieser in einem Raum der Andeutung und Unentscheidbarkeit bleiben.

Das „**journalistische Feld**“ ist eines unter anderen sozialen Feldern einer Gesellschaft und für Meyen die vierte Arena, diejenige, wo Journalisten agieren. Seine Analyse resultiert in der These, dass es im Grunde nur zwei Medienfelder in der Bundesrepublik gebe: die öffentlich-rechtlichen Medien und marktbeherrschenden Medienhäuser, die unentwegt die „Matrix“ konsolidieren, und auf der anderen Seite die neuen Internet-Portale und YouTube-Nachrichtenkanäle. ARD und ZDF kommen ihrem öffentlich-rechtlichen Auftrag, Meinungsunabhängigkeit und Meinungsvielfalt abzubilden,



Ministerpräsident Markus Söder und sein „magischer Tee-Pott“

nicht nach, obwohl eine Zwangsabgabe sie vor den unerbittlichen Winden des Nachrichtenmarktes abschirmt. Statt ihre Politik zu ändern, haben sie sich indes auf die neuen Medien im Netz als unliebsame Konkurrenz eingeschossen und versuchen sie, wie in der Corona-Krise zu beobachten, mit sog. „Faktencheckerei“ und dem Vorwurf der Verbreitung von „Verschwörungstheorien“ zu diskreditieren. Meyen sieht für den öffentlich-rechtlichen Journalismus dringenden Reformbedarf.

Sein Buch ist für alle, die ein Bild davon bekommen wollen, wie in der Realität der Medien **Vorurteile, Stereotypen und Feindbilder** entstehen

B1/2021-1_2 Interkulturelle/interreligiöse Modellprojekte

Die **Pill Mayer Stiftung**, in Wolfegg im Allgäu beheimatet, ist davon überzeugt, dass ideenreiche Kulturarbeit eine ausgezeichnete „Brücke zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen“ sein kann. Seit beinahe zehn Jahren fördert sie interkulturelle Kulturprojekte für Kinder und Jugendliche und setzt sich für interkulturelles Lernen ein. Damit will sie einen Beitrag zur respektvollen, bereichernden Begegnung kulturell unterschiedlich geprägter Menschen leisten und ein positives Miteinander fördern. Deshalb vergibt sie Förderpreise für beispielhafte Kulturprojekte, die sich für den interkulturellen Dialog einsetzen. Die Preise sind mit je 1 000 € dotiert.

Anfang Oktober 2020 wurden zwei Preise verliehen, und zwar an Vincentino und HAWAR.help. „Diese beiden Vereine setzen sich mit einem bemerkenswerten Engagement für den interkulturellen und interreligiösen Dialog ein und stehen für besondere Nachhaltigkeit“, sagten die Vertreter der Stiftung bei der Preisverleihung.

Der Verein **Vincentino e.V.** wurde 2008 von der Journalistin **Sandra Maischberger** gegründet und initiiert kulturelle Bildungsprojekte an Berliner Schulen. In Musik- und Medienklassen finden junge Menschen unter dem Motto „Kultur stärkt Kinder in Berlin“ auf Augenhöhe Zugang zu Musikern, Künstlern und Medienprofis. Der Verein wurde für sein **Medienbildungsprojekt** „Andere Lebenswelten kennenlernen – Fokus junges jüdisches Leben in Berlin“ prämiert. Schülerinnen und Schüler zwischen 8 und 14 Jahren lernen in fächerübergreifen-

und medial verbreitet, gar zu Bestandteilen einer „Matrix“ werden, eine Basislektüre. Es kann helfen, um aus der Matrix auszuscheren, was eigentlich ja nicht möglich ist. Aber Meyen bleibt optimistisch: „Der fliegende Hering sagt: Kein Fisch muss in der Reuse enden.“ AT

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=Ve8Jc-yZC-VQ&t=1858s> (Rede von Parteichef Söder beim virtuellen CSU-Parteitag)

den Projekten modernes jüdisches Leben kennen. Die Heranwachsenden erkunden durch Begegnungen die Vielfalt der jungen jüdischen Welt in Berlin und beziehen ihre Eltern, Lehrer, Familie und Freunde mit ein, um verschiedene Meinungen und Haltungen herauszuarbeiten. Sie lernen neben der jüdischen Religion auch Kultur, Leben und Politik kennen. Dabei diskutieren sie ihre Erfahrungen, Erkenntnisse und Emotionen und erstellen gemeinsam auf Tablets kreative Kurzfilme, Interviews und eine filmische Dokumentation. Anschließend posten sie das Erlebte in sozialen Netzwerken sowie auf der Webseite der Schule und von Vincentino. So macht das interaktive Medienbildungsangebot die jungen Menschen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Lebenswelten vertraut.

Der zweite Förderpreisträger ist der Menschenrechtsverein **HAWAR.help e.V.**, 2015 von der Journalistin und Filmemacherin **Düzen Tekkal** gegründet. Mit seinem Team macht HAWAR.help auf das Schicksal der Jesiden sowie anderer verfolgter Minderheiten und Gruppierungen aufmerksam und setzt sich weltweit für eine **multireligiöse Bildungsarbeit** ein. „Hoffnung geben. Menschlichkeit leben. Auf der Asche eines Völkermords“ ist das zentrale Anliegen.



 Interkulturelle Bildung





Bildungsarbeit auf dem Fußballplatz: HAWAR.help-Projekt „SCORING GIRLS“
(Foto © Sebastian Kortmann)

HAWAR.help spricht Jugendliche, Erwachsene und insbesondere Mädchen und Frauen durch eine breite Palette von Projekten an. So regt das Bildungsprojekt „SCHOOL TALKS“ Schülerinnen und Schüler bundesweit dazu an, mit Herz und Verstand über **entwicklungspolitische Zusammenhänge** und Themen wie Rassismus, Diskriminierung und Fluchtursachen nachzudenken und miteinander in den Dialog zu treten. Die „SCORING GIRLS“-Projekte machen interkulturelle Begegnungen zwischen Mädchen mit und ohne Flucht- und Migrationsgeschichte in Berlin und Köln möglich und geben den Heranwachsenden durch Sport und Bildungsangebote die Chance, ihre eigenen Stärken und Interessen zu erkennen und auszubauen.

Mit dem Projekt „BACK TO LIFE Deutschland“ schafft HAWAR.help in Frauenworkshops die Verbindung zwischen der *irakisch-jesidischen* Kultur und der deutschen Gesellschaft. Frauen, die über ein Sonderkontingent aus dem Irak nach Deutschland gekommen sind, erhalten hier Hilfe, um ihren Weg in die deutsche Gesellschaft zu finden und sich zusammen mit ihren Kindern ein eigenes Leben aufzubauen.

HAWAR.help hat das *BACK TO LIFE Women's Empowerment Center* im Irak aufgebaut, wo binnengeflüchtete Frauen aller Glaubensrichtungen, die den Überfall des sogenannten Islamischen Staats auf ihr Land überlebt haben, einen sicheren Ort finden, um neue Kenntnisse zu erwerben und traumatische Erlebnisse zu verarbeiten. Die Pill Mayer

Stiftung würdigt mit ihrem Förderpreis das vielfältige Engagement des Vereins HAWAR.help, der ein wichtiges Zeichen für Versöhnung und Toleranz setzt.

Die Auslobung des Förderpreises der Pill Mayer Stiftung 2020 stieß auf viele Rückmeldungen: 27 Bewerbungen von Berlin bis Wien. Anträge kamen aus Bremen, Bad Waldsee, Biberach, Bocholt, Braunschweig, Bruchsal, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Heilbronn, Ingelheim, Landshut, Leipzig, München, Remscheid, Stuttgart und Trier. Die Bewerbungen deckten die gesamte Breite künstlerisch-kreativen Schaffens ab: Es ging um interkulturelle Kunst- und Kulturwerkstätten, Theater- und Tanzworkshops, Film-, Video- und Animationsarbeiten, Literatur- und Leseförderung, interkulturelle Comics und Spiele, internationalen Schüleraustausch und europäische Jugendcamps sowie Kochworkshops.

Besonders stark waren unter den Bewerbern multi-religiös ausgerichtete Bildungsvorhaben vertreten, die antraten, um voneinander und miteinander zu lernen. Ebenfalls war Musik als Grundstein für ein positives Miteinander einer der Hauptakzente der Anträge. Beworben hatten sich unter anderem ein interreligiöser Chor, Multiplikatoren für musikalische Früherziehung, ein Kompositionsworkshop mit Jugendlichen und die Ausrichter eines interkulturellen Musicals. Schwerpunktanliegen waren neben dem interkulturellen und interreligiösen Dialog Fragen zu Heimat, Zugehörigkeit und Gemeinschaft. Ziel aller Vorhaben ist es, Kulturen, Generationen und Religionen füreinander zu öffnen und damit für Völkerverständigung, Friedensdialog und Demokratieerziehung einzustehen.

Die Veranstalter zeigten sich sehr beeindruckt von dem überaus einflussreichen und bewegenden Engagement, das bei sämtlichen Kandidaten zum Ausdruck kam. Es sei „berührend viel Herzblut spürbar“. Weil die Qualität der Bewerbungen derart überzeugend war, hat die Pill Mayer Stiftung schon für 2021 ebenfalls zwei Prämierungen angekündigt.

Quelle / Text: Pill Mayer

Kontakt: Pill Mayer Stiftung für interkulturellen Dialog,
c/o Dr. Irene Pill und Dr. Bernd Mayer, Maximilianplatz
7, 88364 Wolfegg, Tel. 07527 / 95 41 61, Fax 07527 95
41 71; eMail: kultur@pillmayerstiftung.org; web: www.
pillmayerstiftung.org



E1/2021-1_2 In der Sackgasse

Zur Stunde des Gründonnerstags-Gottesdienstes fand auf der *website* der Evangelischen Akademie Berlin unter dem Titel „Menschenrechte in der Sackgasse“ ein „Virtueller Ortsbesuch in Flüchtlingslagern in Bosnien-Herzegowina“ statt. Eigentlich sah man keine Flüchtlingslager, sondern einen schwer zu ertragenden Bericht von Augenzeugen und Ausschnitte aus in aller Hast aufgenommenen Handy-Videos, die **Menschenrechtsverletzungen** an der bosnisch-kroatischen Grenze dokumentierten.

Diese virtuelle „Reise“ war von der Evangelischen Akademie Berlin und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) organisiert worden. EKD-Landesbischof HEINRICH BEDFORD-STROHM und die Präsidentin des evangelischen Hilfswerks „Brot für die Welt“, DAGMAR PRUIN [pry:n], nahmen an der Sendung teil. Außerdem kamen mit Schilderungen und Video-Einspielungen zu Wort:

- die Journalistin ISABEL SCHAYANI, u.a. Moderatorin des ARD-„Weltspiegels“,
- die Greifswalder Ärztin KRISTINA HILZ (*Medical Volunteers International*),
- die Juristin ANTONIA PINDULIĆ (vom *Centre for Peace Studies* in Zagreb) und
- VEDRAN DZIHIĆ (*Österreichisches Institut für Internationale Politik*, oip, Wien).

Moderatorin war CORINNA BUSCHOW, Chefkorrespondentin beim *Evangelischen Pressedienst* (epd).

Gezeigt und geschildert wurden die Lebensumstände der Geflüchteten in den Wäldern, in verfallenen Häusern und aufgelassenen Fabriken im Grenzgebiet und die illegalen *pushbacks*, mit denen Schutzsuchende immer wieder aus der EU zurückgedrängt werden. Die **Zahl der Schutzsuchenden** an der bosnisch-kroatischen Grenze, die in Flüchtlingslagern, im Wald und unter freiem Himmel leben, um die es in den Berichten ging, wird vom UNHCR auf 8 000 bis 9 000 Flüchtlinge geschätzt, andere Schätzungen benennen eine Zahl von bis zu 15 000 Menschen.

„Diese Berichte dürfen nicht im Verborgenen bleiben“, sagten Pruin und Bedford-Strohm nach der Sendung, und so steht es in der Pressemitteilung der EKD. „Die Pfeiler Europas geraten ins Wanken, wenn wir die offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen, die dort geschehen, weiter zulassen“, wird Pruin in der Pressemitteilung zitiert. „Die-

se Politik verletzt die Würde aller Menschen! Die Menschen müssen sofort Hilfe und eine Perspektive bekommen.“ In der Pressemitteilung wurde der Ratsvorsitzende zitiert, wer sich auf **die christlichen Wurzeln Europas** berufe, müsse auch die politische Anwaltschaft für den Schutz der Menschenrechte in der Region übernehmen. „Dass wir nun seit Jahren diese humanitäre Notsituation an den Grenzen Europas vor Augen haben und immer noch nichts Wirksames geschehen ist, um die Not zu beenden, ist eine Schande.“

Im Folgenden werden aus der Sendung auf der *website* der Evangelischen Akademie einige Passagen der zwei Augenzeuginnen im Wortlaut wiedergegeben. Zu Beginn erwähnte Corinna Buschow bedauernd, dass **die Medien** sich gegenwärtig stark auf die Pandemie konzentrierten und die Berichterstattung über die Menschenrechtsverletzungen an der EU-Grenze zu kurz kämen – z.B. über „Flüchtlinge, die bei –15 C° im Freien schlafen, die in Zelten hausen, durch die das kalte Wasser dringt, und Männer mit gebrochenen Rippen nach dem Versuch, die Grenze zur EU zu überqueren“.

Isabel Schayani zeigte Mitglieder einer Hilfsorganisation, die die Geflüchteten, die sich **in den Wäldern** verstecken, mit Lebensmitteln, Kleidung und Haushaltsgegenständen versorgt, und Aufnahmen eines **pushbacks**, dessen Zeugin sie und ihre Begleiter in der Grenzzone wurden. Der, der diese Hilfsorganisation ins Leben gerufen hat, erzählt, dass im Bosnienkrieg 1992 bis 1995 Verletz-

E. Europa

E





te aller Seiten in den Krankenhäusern aufgenommen wurden. Heute sei es „schlimmer“, sagt er ins Mikrophon. Es gelinge es ihm oft nicht, verletzte Migranten ins Krankenhaus zu bringen:



Gestern habe ich gesehen, ein Junge, pushback, sein Bein war schwer verletzt, konnte nicht laufen, seine Freunde haben ihn verlassen; sie gehen nach Lipa [...]. Er schafft



nicht nach Lipa [...] Ich rufe Polizei. Die erlauben mir, dass ich ihn fahre, aber Ausländeramt verbietet es. Das heißt, ich musste ihm



Essen geben, warme Jacke und so und ihn im Stich lassen. Das macht Stress.

Schayanis Team wird Zeuge eines **pushbacks** – O-Ton aus der Video-Einspielung:



Wir haben eine Nachricht bekommen. Die bosnische Polizei habe etliche Familien entdeckt, die sich nur 1 km von der EU-Außengrenze entfernt versteckt halten [...]. Wir sehen Polizei und IOM. Die Polizei kontrolliert sofort unsere Papiere und sagt, wir sollen verschwinden und nicht drehen. Einen Moment lang drehen wir noch versteckt weiter. [...] IOM hat die Familien, hören wir, aus den Häusern rausgeholt, und eine Familie sitzt jetzt da vor dem Haus – unklar, was mit denen passiert.

Später, bei Dunkelheit, fährt Schayanis Team noch mal dahin, wo die Polizei sie Stunden vorher weggeschickt hatte, um zu gucken, ob sie mit jemandem reden können. Sie treffen die bosnische Hausbesitzerin, die den Geflüchteten, zwölf Kindern und zehn Erwachsenen, Unterkunft gewährt hatte. „Wenige seien abgehauen; die meisten seien zurück ins Lager gebracht worden.“ Sie sei die einzige, die auf der Seite der Flüchtlinge stehe, sagt die Hausbesitzerin im Film. Das Team filmt eine andere Unterkunft, wo Gebäude, Taschen, Kleidung, Schlafmatten in Flammen stehen.

Im Anschluss an diese Einspielung wird Isabel Schayani von der Moderatorin gefragt: „Was ent-

setzt Sie am meisten und was hat sich in den vergangenen drei Jahren verändert?“

Schayani: Es ist diese komplette Rechtlosigkeit. [...] Es sind z.T. Flüchtlinge, es sind Migranten – es ist schwierig, das [...] aufzuteilen. Da sind algerische Studenten dabeigewesen, die gesagt haben, sie wollen irgendwie in Europa studieren; dann sind viele Afghanen dabeigewesen, die Griechenland schon hinter sich hatten; viele aus Pakistan auch. Es ist diese Rechtlosigkeit, die mich wirklich schockiert hat und die komplette Folgenlosigkeit der Gewalt, die die kroatische Polizei anwendet; was sie auch aus Hilflosigkeit tut, weil sie versucht, die Leute irgendwie aus Europa rauszuhalten; und dann – das überträgt sich ja – wissen die Bosnier: Können wir ja auch machen, da passiert nix. [...] Diese kleine Szene, die wir am Ende gesehen haben – als wir da waren, haben wir ja gar nicht richtig gerafft, dass wir mitten in einem *pushback* waren –, das war ja eine bosnische Sondereinheit. Und auch dieses Haus, was hinterher brannte [...] – das, was Europa da vorlebt in Kroatien, das komplett folgenlos ist, weil Europa hat sich daran gewöhnt und sagt, es ist nicht schlimm, wenn man die Leute kaputtprügelt. Das überträgt sich eben auch auf die angrenzenden Staaten. [...] Das Andere [...]: In diesem ganzen *pushback*-Geschäft sind auch kleine Kinder dabei [...].

Die Migranten versuchen immer wieder, diese Grenzen zu überqueren. Sie nennen das „*the game*“. Dazu Schayani:

Man sagt das erst seit zwei oder drei Jahren, dieses Illegal-über-die-Grenze-machen. [...] Ich habe oft gefragt: Was bedeutet das für Euch? Dann sagen die: „Wir haben einen Spieleinsatz, das ist unser Leben. Damit probieren wir es. Wenn wir gewinnen, haben wir ein neues Leben; wenn wir verlieren, ist es weg.“ Das ist schwierig, es zu beziffern, ob die Zahlen, die einem die Leute nennen, stimmen. Manche sagen, sie haben es elfmal gespielt, manche sagen: achtmal. [...] Zum Spiel gehört, dass du auf die andere Seite ankommst, und die kroatische Polizei, wenn sie dich kriegt – das kann bis zur slowenischen Grenze sein [...] bis auch nach Italien –, kann das bedeuten, dass dir alles abgenommen wird, zerstört wird usw., dass man da auch ganz schön verprügelt wird. Das ist Teil von dem Spiel. Dann kommst du wieder zurück, abgeschoben zurück nach Bosnien. Das ist auch Teil des Spiels. Eine Mitarbeiterin von IOM [...] die hat gesagt:

„Bosnien ist eigentlich kein Staat. Die Leute kommen hier einfach rein, und sie werden auch hierhin wieder zurückgeschoben. Das ist Teil des Spiels [...]“.

Welche Leute sind das, die so hartnäckig versuchen, in die EU zu gelangen, und am „Spiel“ teilzunehmen? Isabel Schayani sagt: „Es ist völlig klar – Da hat nicht jeder **Anspruch auf Asyl**. Brauchen wir uns nichts vorzumachen. Das ist viel grauer, als wir es uns wünschen, und die Kategorien, die wir haben, sind endlich an dieser Stelle. Es passen nicht alle in die Genfer Flüchtlingskonvention.“ Aber an der Außengrenze herrscht nicht das Gesetz.

Dazu erzählt sie die **Geschichte des iranischen Derwischs**:

Der war im Iran schon achtmal im Gefängnis, achtmal gefoltert, ist dann geflohen über Moria; war neun Monate in Moria. Dann hat man ihm gesagt: Du musst ein Jahr warten bis zur Anhörung, denn Du bist traumatisiert, Du brauchst eine extra Anhörung. Er hat gesagt: Ich hab' eine Familie im Iran, ich mach' mir Sorgen; also ist er weitergezogen, hat auf einer Plantage gearbeitet. Im Frühjahr 2019 landet er in Bosnien. Das erste, was er macht, ist: Er fragt in Bosnien nach Asyl. [...] Hat der Anwalt ihm direkt gesagt: Da hast Du keine Chance. Nach einem Monat spielt er „das Spiel“. Er versucht es über die Grenze, schafft es fast bis zur slowenischen Grenze. In der Nähe von Rijeka stürzt er unglücklich, kann sich nicht mehr bewegen. Die Polizei findet ihn, bringt ihn ins Krankenhaus [...]. Er sagt sofort: „Ich bitte um Asyl“. Was machen die? Nach 24 Stunden bringen sie ihn in den Wald [...] an der bosnischen Grenze und werfen ihn aus dem Auto, in Shorts, ohne was zu essen. Zu dem Zeitpunkt ist klar: Er war querschnittsgelähmt. Er hat sich irgendwie auf die bosnische Seite geschleppt. Die Bosnier haben ihn gefunden, ins Krankenhaus, Rollstuhl. Die Kroaten haben ihn trotzdem abgelehnt, obwohl der UNHCR sich eingeschaltet hatte. [...] Irgendwann im letzten Herbst [...] versucht er's im Rollstuhl, zahlt dem Schlepper wohl 4 000 € - keine Ahnung, wo er das Geld her hatte -, sagt der Schlepper zu ihm, nachdem sie ihn über einen Fluss gebracht hatten: „Du musst jetzt hier zwei Stunden laufen“. Hat er gesagt: „Leute, ich sitze im Rollstuhl.“ - „Ach, kein Problem, wir holen dich nachher.“ Es kam natürlich nie wieder jemand. Er bleibt im Wald liegen, findet ihn die Polizei, wieder die kroatische Polizei. Das gleiche Spiel nochmal. [...] Die Kroaten bringen ihn wieder auf eine

Polizeiwache, er sagt „Asyl!“, die Polizei: „Alles klar“ - werfen ihn wieder im Wald raus. Er kommt da fast um [...], landet dann irgendwie wieder in Bosnien und hängt da jetzt in einem dieser großen Hotellager. Den haben wir getroffen. [...] Also ich will überhaupt nicht sagen, dass alle Menschen da wie er sind, bestimmt nicht. Da sind ganz viele, die sagen: „Ich hab' ein Problem“, und die haben kein Problem. Die kommen wirklich mit anderen Motiven und nicht, weil sie ganz streng in die Genfer Konvention passen. Aber der Fall ist so einer, und es gelingt ihm nicht, in die EU zu kommen und Schutz zu kriegen.

Die Berichte von der bosnischen Seite der Grenze werden ergänzt durch die Schilderung der Zustände, die Kristina Hilz erlebt hat. Die Ärztin hat an den Orten, von denen Isabel Schayani vorher berichtet hat, insgesamt fast drei Monate lang Flüchtlinge medizinisch versorgt. Sie ergänzt, sie wisse, dass das Feuer in der Flüchtlingsnotunterkunft, die Schayani gesehen hatte, von der Polizei gelegt worden sei.

Bosnien, selber ein verarmtes Land, das noch vom Krieg gezeichnet sei, unterhalte an seiner nördlichen Grenze *camp*s, die aber überfüllt sind. Viele Flüchtlinge leben in sogenannten „*squats*“, wo sie unter Krätze leiden, im Winter viel an Lungenentzündungen, die Frauen an Nierenbeckenentzündungen. Die Versorgung dieser Menschen „hat immer im Illegalen“ stattgefunden.

Kristina Hilz: Es war also nicht legal, dort zu helfen, weshalb wir nachts arbeiten mussten und, so gut wie es ging, versteckt. [...] Es ist nicht möglich, Ambulanzen zu rufen. Es war mir nie möglich, egal wie schlimme Verletzungen ich gesehen habe, einen Rettungswagen zu rufen. Ich habe die Leute z.T. zu Fuß ins *camp* gebracht (wurde dort selber von der Polizei fast festgenommen), damit irgendwie weitere medizinische Versorgung in Krankenhäusern stattfinden kann. Habe ganz schlimme *pushbacks* gesehen. [...]

Kristina Hilz hat sich auf eigene Faust und alleine noch weiter in den Norden aufgemacht.

Ganz im Norden kommt eben gar keine Öffentlichkeit hin. Dort leben hauptsächlich Familien. Ich habe hauptsächlich afghanische Familien versorgt, etwa 150 in dieser Region, die nicht mal Trinkwasser hatten und die jede Nacht aufs **game** gegangen sind. Manche von denen haben inzwischen fünf-

zig mal „das **game**“ versucht, wurden dementsprechend also 50 Mal *gepushbackt*, hatten also 50 Mal auf EU-Seite eigentlich das Anrecht auf einen Asylantrag, der ihnen immer verwehrt wurde. Bei diesen *pushbacks*, wo ihnen systematisch die Handys, das Geld, alle Dokumente genommen wurden, wo sie *aufs brutalste zusammengeschlagen* wurden [...]. Diese Menschen habe ich versorgt, [...] und wahrgenommen, dass diese Gewalt ganz klar systematisch ist und dass es kein willkürliches Prügeln ist, sondern dass die gleichen Verletzungsmuster immer wieder auftauchen, was über alles hinausgeht, was ich bisher gesehen habe (ich habe auch schon in **Moria** gearbeitet!). Dass immer wieder so wahrzunehmen, dass da **gefoltert wird auf europäischem Boden**, dass das im Nirgendwo verhält... Und diese Folter macht nicht vor Kindern und Frauen halt. Ich habe ein vier Monate altes Baby gesehen, das mit Tränengas zugesprüht wurde. Ich habe viele viele zusammengeschlagene, bewusstlose Frauen [...], die Blut im Bauchraum hatten, versorgen müssen, ohne Möglichkeiten z.T., die ins Krankenhaus zu bringen; die Männer oft mit **Kopf- und Oberkörperverletzungen** bis hin zu Schädelfrakturen und Rippenfrakturen [...] in einer so erdrückenden Masse und einem immer klar wiederkehrenden Ort [am Körper], so dass ich sagen muss: Da ist eine ganz klare Systematik dahinter. Tatsächlich haben mir viele Menschen berichtet [...], dass die kroatische Polizei z.T. sagte [...] auf die Nachfrage „Wir haben euch nichts getan. Wieso tut ihr uns das an?“ - hat die kroatische Polizei des öfteren geantwortet, dass **Deutschland oder Frankreich** ihnen sagen, dass sie das machen sollen, bzw. dass sie die EU-Außengrenzen schützen müssen.

untersucht und psychisch betreut, die Schmerzabschirmung gemacht. Also gebrochene Rippen - d.h. das waren die Schläge auf die Seite: Entweder mit Schlagstöcken oder mit Gewehren wurde geschlagen - da habe ich immer nur ausgeschlossen, dass im Brustraum die Lunge durchpiekst wurde, und den Menschen stabilisiert, so gut wie es geht; aber immer in dem *setting*, dass ich den Menschen nicht gefährden konnte, also niemals versucht, etwas Invasives zu machen, was nicht im Krankenhaus weitergeführt werden könnte. Es wäre mir beispielsweise nicht möglich gewesen, einen Menschen künstlich mit Schlauch im Mund zu beatmen, weil es gar nicht möglich gewesen wäre, diesen Menschen in ein Krankenhaus zu bringen, wo er dann weiter beatmet werden würde. [...] Da war ein sieben Jahre altes Kind [...], das sich aus Verzweiflung jede Menge Schlaftabletten genommen hatte (das hatte es wahrscheinlich von den Eltern vorgelebt gesehen in dieser absoluten Verzweiflungssituation, jahrelang Moria, davor Afghanistan, dann Bosnien...). Das Einzige, was ich machen konnte, war, dieses Kind immer wieder schmerzfrei zu setzen, damit es wieder kurz Luft holen und atmen konnte (es hat nicht mehr geatmet). Ich bin bei einem bosnischen Menschen, der uns gottseidank transportiert hat, hinten in seinem Auto gefahren und habe die ganze Zeit diesem Kind Schmerz bereitet, damit es wieder kurz Luft holt, und dieses Kind den Leuten ins Krankenhaus getragen, hab's dem Arzt in die Hand gedrückt, erzählt, was passiert ist, und gesagt: „Behandelt's einfach, weil die Rettungswagen sind nicht gekommen!“ - und der hat sich umgedreht und gesagt: „Ruft die Polizei“ und mich angeschaut, und ich habe die Beine in die Hand genommen und bin gerannt. Das war deren erste Reaktion, wenn man ihnen ein sieben Jahre altes Kind bringt, das nicht mehr atmet.

An diesem Punkt will die Moderatorin Näheres wissen zu den „systematischen Verletzungen“ und „Verletzungsmustern“. „Wie versorgen Sie das? [...] Wie sieht konkret die Hilfe aus für jemanden, der mit gebrochenen Rippen zu Ihnen kommt?“

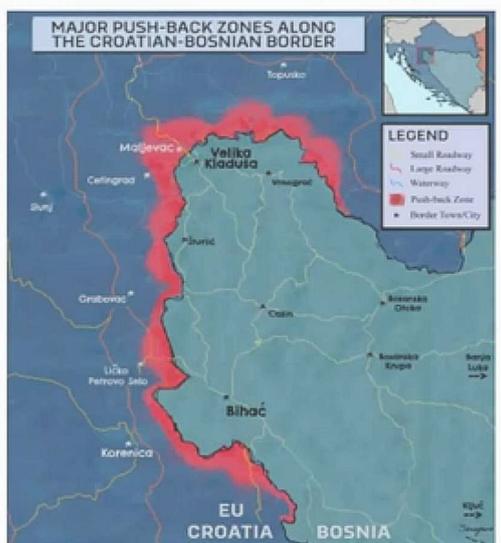
Kristina Hilz: Also ein Mensch mit gebrochenen Rippen hat im Norden auf jeden Fall keine Chance, ins Krankenhaus zu kommen. Den habe ich natürlich

„[...] – systematische Verletzungsmuster“, nahm die Moderatorin den Faden wieder auf, „das heißt dann, man verletzt den Oberkörper, um es zu erhalten, dass die Leute laufen können. Habe ich Sie richtig verstanden?“

Ja, das stimmt tatsächlich. Ich habe sehr selten verletzte Beine gesehen. Unter Todesandrohung oder zurückgefahren an die Grenze mit der Ansage: „Geht zurück nach Bosnien! Kommt hier nicht wieder! Oder wir bringen eure Kinder um, wenn ihr wiederkommt!“ [...]

Bedford-Strohm stellte **eine Frage**, die sich bei Berichten über die Versuche, die EU-Grenzen zu

PUSHBACKS FROM CROATIA



überwinden, aufdrängt: „Wie kommt es, dass die Menschen immer wieder dort hingehen, wo sie so etwas erlebt haben, wo offensichtlich gar keine Chance ist? [...] Oder schaffen es trotz allem immer einige, und es kommt nur darauf an, es möglichst häufig zu versuchen?“ In ihrer Antwort bejaht Kristina Hilz diese Vermutung teilweise, gibt aber noch einen weiteren Grund an, der ein zusätzliches Licht auf die Lage der Flüchtenden wirft:

Serbien ist ja auch zu, da sind auch Mauern und Zäune gezogen. Es gibt, glaube ich, einfach keinen anderen Weg. Dann spielt sicherlich eine Rolle die **Müdigkeit**. Man darf auch nicht unterschätzen: Für uns ist die Folter und die Brutalität, die wir da heraushören, das Erschreckendste. Die Menschen sind einfach unheimlich kaputt. Wenn die vom *game* kommen, sind die oft 30 oder 40 km gelaufen, mit Kindern auf dem Rücken, mit allem, was sie haben, teilweise durch den Schnee. Bei den *pushbacks* kommen sie ja nicht immer direkt an den Heimatort, sondern werden systematisch weiter weg an der Grenze rausgesetzt, damit sie immer wieder noch in Bosnien einen relativ weiten Weg zurück haben, um dann zu müde zu sein, um am nächsten Tag aufs *game* zu gehen. Bis sie dann endlich wieder zu dem einzigen Ort, der ihnen wahrscheinlich noch einfällt oder wo ein Schlafsack oder eine Decke auf sie wartet, zurückgehen: Das am nächsten Tag noch mal zu überdenken, wenn das Trinkwasser fehlt, wenn man seit mehreren Tagen teilweise nichts gegessen hat – ich glaube, das sind Fragen. Da hat man keine Zeit mehr. Ich habe auch wahrgenommen (einer der wichtigsten Teile meiner Arbeit war psychologisch und psychiatrisch), dass viele der Menschen wie in „Trance“ sind, einfach nicht präsent sind. [...] Da gibt es ab und zu mal Bewegung und Leute, die es anderswohin versuchen. Aber gerade die Familien schaffen es einfach nicht, so mobil zu sein entlang der Grenze.

Isabel Schayani ergänzte, dass es Schlepperstrukturen gibt und die Flüchtenden nicht immer frei in der Wahl ihrer Wege seien. Wenn sie weiter nach Mitteleuropa wollen, müssen sich die Flüchtenden auf Wege begeben, die andere ihnen – gegen Bezahlung – anbieten. Außerdem sei es für die Flüchtenden trotz aller Gefahren auf den oft gelaufenen Routen ein Gesichtspunkt, dass es dort immerhin Infrastruktur gebe, Orte der Verpflegung, Camps usw., die von **EU-Hilfsgeldern** finanziert werden. Wo diese Gelder im Detail bleiben und warum die Flüchtenden trotzdem in Abfallbergen und Ruinen leben müssen, habe sie „nicht genau

verstanden“, räumt Isabel Schayani ein. „Ob da tatsächlich alles bei den Leuten so ankommt, vermag ich nicht zu beurteilen.“ Die EU treibt ein doppeltes Spiel. Einerseits schickt – so Schayani – die EU **seit 2017 jährlich 90 Mill. Euro nach Bosnien**, und zwar vor allem an IOM. Damit würden Mindestkalorien und Hilfen für die Flüchtenden und für „gute Seelen wie Frau Hilz“ bezahlt, „damit die da irgendwie zurechtkommen“. Wenn die Flüchtenden es dann auf die EU-Seite schafften, „schlägt das gleiche europäische System mit aller Härte zu“. Kristina Hilz schließt sich darin an, dass der größte Teil der EU-Gelder „irgendwo“ gelandet sei, „aber sicher nicht in der Hilfe“. Sie wisse, dass ein Teil dieser Gelder in die Ausstattung der bosnischen Polizei geflossen sei. Die eigentliche Hilfe werde hauptsächlich von Nichtregierungsorganisationen getragen, die sich obendrein in der Illegalität bewegen müssten.

Der zweite Teil der Sendung behandelte rechtliche und politische Fragen des Migrationsregimes und macht es lohnend, die gesamte Sendung auch über die Augenzeugen-Schilderungen der Fluchtsituationen hinaus anzuhören.

Die Organisation, für die **Antonia Pindulić** tätig ist, muss sich seit rund fünf Jahren mit massenhaften *pushbacks* beschäftigen. *Pushbacks* finden nicht nur in den in der Karte (s. gegenüberliegende Seite) rot markierten Grenzregionen, sondern in ganz Kroatien statt. Pindulić schilderte in ihrem Referat „*Refugees and other migrants in Croatia (Pushbacks and violence at the external EU borders)*“ noch mal die näheren Umstände und die einzelnen Formen der Gewaltanwendung seitens der Polizei. Sie legte Wert auf die Feststellung, dass *pushbacks* eine systematische Praxis und von vorgesetzten Dienststellen angeordnet seien und so durchgeführt würden, dass möglichst keine Spuren entstünden (Abschaltung der GPS-Ortung). Trotz „Tausender“ von Zeugenaussagen – 2019 offenbarten sich sogar Angehörige der Polizei – sei es nie zu strafrechtlichen Verfolgungen dieser Taten gekommen. Auf entsprechende Fragen von Zuschauern erklärte sie, dass die Verantwortlichkeiten sowohl auf Seiten der nationalen Polizei als auch von Frontex, aber auch der EU-Kommission liegen. Zeugen hätten Uniformen aller möglichen EU-Staaten wahrgenommen. Oft seien jedoch keine Abzeichen erkennbar, und die Zeugen sprächen einfach von Vermummten („**men in black**“).

Vedran Dzihic, gebürtiger Bosnier, wies speziell auf Bosnien hin, das sich in einer Dauerkrise befinde, und charakterisierte den Kontext durch schwindendes Vertrauen in die EU. Die Bosnier fühlten sich von der EU vergessen. Die Bevölkerung sei über weite Teile verarmt. Er versuchte aber einen Gesamtblick auf den Balkan und sprach hier von einem „*very established system of ethnic politics*“, das sich entwickelt habe. Dabei sei Brüssel inzwischen zu einem Komplizen geworden. Die EU habe es **faktisch aufgegeben**, auf die Grundrechte der EU und die Einhaltung von Menschenrechten insbesondere in Bosnien zu achten. Daran könnten die vielen NGOs, die sich um eine Linderung der Lage bemühten, nichts ändern. Die Praxis der EU komme einer „**Externalisierung der Verantwortlichkeit**“ und Verlagerung der Verantwortung auf die schwächsten Teile des Systems gleich und resultiere in einer **Verengung der Politik auf Sicherheitspolitik** („*securatization*“). So würden Migranten zwangsläufig als Problem wahrgenommen. Diese „systematische Inhumanität“ müsse die Grundpfeiler der EU erschüttern.

Am Schluss der Sendung betonte Bedford-Strohm ein weiteres Mal, wie wichtig es sei, dass **diese Geschichten erzählt** werden. „Jeder Mensch, der das hört, wird sagen: Das kann so nicht weitergehen. [...] Das widerspricht allem, wofür Europa immer steht und erst recht allem, wofür das Christentum steht, gerade wenn Europa das Christentum immer so vor sich herträgt.“

E2/2021-1_2 **Die Maßnahmen gegen das Virus gefährden die Freiheit und Europas Werte**

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, die vor der Berufung auf ihren Bonner Lehrstuhl an der Universität Graz unterrichtet hat, ist dafür bekannt, dass sie beharrlich für das Projekt Europa und unerbittlich für die europäischen Werte, zu denen konstitutiv die europäische Demokratie gehört, eintritt. In der Corona-Krise des Jahres 2020 sieht sie eine Gefahr für diese europäischen Werte. In einem Interview mit dem österreichischen YouTube-Kanal von Milena Preradovic, „punkt preradovic“, kritisierte Prof. Dr. Ulrike Guérot den wachsenden Druck auf Ungeimpfte und unterstrich: „Niemand darf mich gegen meinen Willen schützen“. Die überzeugte Europäerin sieht in der Corona-Krise eine „Verschiebung der Demokratie“.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=vftU19bHzIU> (Video); <https://www.ekd.de/ekd-ratsvorsitzender-erschuettert-ueber-fluechtlingssituation-64071.htm> (PM und Video); <https://www.eaberlin.de/aktuelles/2021/humanitaere-not-an-den-grenzen-europas/> (2.9.21)

Weitere Hinweise

Verein „Blindspots“ (<https://blindspots.support/>) unterstützt verschiedene kleine Partnerorganisationen, die vor Ort Nothilfe mit Geld- sowie Sachspenden (z.B. Feuerholz, Essen und Wasser) leisten.

Verein „Hilfe Konkret“ (<http://www.hilfekonkret.de/>) leistet in Bosnien-Herzegowina und Kroatien ehrenamtlich Nothilfe für Flüchtlinge und Erdbebenopfer und beteiligt sich an langfristigen Bildungsprojekten.

„Centre for Peace Studies“ (<https://www.cms.hr/en/CPS>) in Kroatien, eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich in der Friedens- und Menschenrechtsarbeit, in Dokumentations- und Bildungsprogrammen engagiert.

Umfangreiche Bilderstory „Going for Game“ des Fotojournalisten Jesco Denzel (<https://www.jescodenzel.com/de/portfolio/going-for-game>)

„Europa und Freiheit gehören für mich zusammen“

In dem Interview erklärte Guérot, worin die „Übergriffigkeit“ des Staates in der Corona-Krise besteht, und erläuterte Grundsätze der europäischen Demokratie, die angesichts der Angst, die die Leitmedien ARD und Zeitungen 2020 verbreitet haben, in den Hintergrund zu treten drohten, Freiheiten, die vielen aber vielleicht schon vorher gar nicht bewusst waren. Deswegen hat der SSIP dieses Interview verschriftlicht und zitiert Teile daraus. Die Corona-Krise birgt vielleicht die Chance, dass wir einiges über die europäische Demokratie lernen.



E

YouTube-Gesprächspartnerinnen:
Milena Preradovic (links)
und Ulrike Guérot (rechts)

Ulrike Guérot, *Warum Europa eine Republik werden muss. Eine politische Utopie*, München: Piper, 3. Aufl. 2017 (Piper Taschenbuch; 31192). – 359 S., ISBN 9783492311922; 12,- €.

Guérots Vision von Europa ist nachzulesen in ihrem Buch von 2016. Ihr schwebte ein Europa vor, das sich als internationaler Akteur zwischen den USA und China emanzipieren könne, und zur Leitlinie seiner Politik Werte, die sich geostrategisch und geoökonomisch von China und den USA abheben, machen könne. Diese Werte, sagt Guérot in dem Interview, seien „Freiheit, Emanzipation, Unabhängigkeit, Toleranz usw.“. Das paradigmatische Beispiel ist für sie die Datenschutzverordnung, „wo wir sagen: Wir haben hier andere Werte, wir wollen uns anders schützen. Wir sind nicht China, wir machen kein *moral scrutiny*, auch nicht diese Datensammlung wie in den USA.“

Der Titel ihres neuen Buches 2020 scheint auf das beklemmend heitere Szenario von Klaus Schwab „*The Great Reset*“ anzuspielden, wo auf jeder Seite orakelt wird, die Welt aus der Zeit vor Corona werde es nie wieder geben. Statt über ein „Neu-Aufsetzen“ der politischen Systeme nachzudenken,

Ulrike Guérot, *Nichts wird so bleiben, wie es war? Europa nach der Krise. Eine Zeitreise*, Wien: Molden 2020. – 119 S., ISBN 9783222150623; 20,- €.

fragt Guérot: Was macht das Pandemiegeschehen jetzt mit diesem Europa, mit den europäischen Institutionen? Durch die Corona-Debatte habe sich ein gesellschaftliches Geschehen entwickelt, das selber eigene Dynamiken entfaltet, antwortet sie – „Mehrheiten, die Angst haben, die die Politik vor sich her treiben, Angst, die aufgebaut wurde und die jetzt der Bevölkerung schwer zu nehmen ist usw.“.

Die Angst sieht sie in erster Linie fabriziert durch die Medien – Beispiel Norditalien. Die Angst bringt sie in einen Zusammenhang mit dem Solidaritätsdiskurs, den die Medien sofort mit Frühjahr 2020 in Gang gesetzt haben. Die Angst gebiert Bilder, auch Feindbilder; da sollten wir im SSIP genau hinschauen.

Guérot: Gestern gab es einen großen Artikel in der WELT¹, der hat diese Bilder aus Bergamo dekonstruiert [...] Man hat ja immer nur gesagt: diese Bilder aus Bergamo, diese Bilder aus Bergamo ... Und dann ist jemand hingegangen und hat [...] Stück für Stück ... – was ist denn eigentlich geschehen? Die Bilder waren so aufgebaut, dass man hätte denken können, dass da stündlich Militärkonvois gefahren sind, und dann ist dieser Schrecken entstanden, Leichenberge ... De facto war es ein Konvoi. Es wa-

¹ Virginia Kirst, Bergamo. Das Krankenhaus schickte am Ende nur einen Müllsack (<https://www.welt.de/politik/ausland/plus212538275/Bergamo-Das-Krankenhaus-schickte-am-Ende-nur-einen-Muellsack.html>), veröffentlicht am 30.7.2020; vgl. den Film: <https://laufpass.com/corona/der-corona-film-2021-jetzt-erst-recht/>, oder: <https://odysee.com/@ovalmedia:d/CORONA.FILM-Prologue-DE:0> [Anm. d. Red.]

ren nicht Hunderte von Wagen, sondern es waren 13 Wagen usw. usf. [...]. Wenn man mal ganz nüchtern bilanziert, wie die Wirkungsmächtigkeit von einem Bild einen Prozess begründet hat, an dem wir jetzt, 14 Monate später, immer noch arbeiten – woher kommt die Angst, wie wurde das aufgebaut, was wurde erzählt, was ist dann passiert? –, dann haben wir einen Blick auf eine gesellschaftliche Realität, die sich tatsächlich in Europa komplett verschoben hat.

Heute sehen wir, sagt sie – „beunruhigende Nachrichten“ –, wie die Impfpflicht in Frankreich durchgesetzt worden ist. Es baue sich Widerstand dagegen auf, gesellschaftliche Gruppen streiten, wie damit jetzt verfahren wird. Der Europarat habe eine Klausel verabschiedet, dass es eigentlich keine Impfpflicht geben darf, dass niemand diskriminiert werden darf, der nicht geimpft ist.

Ich bin auch der Meinung – wie die Kassenärztliche Vereinigung – dass im Grunde in einer demokratischen Gesellschaft eigentlich nur eine Regel gelten kann, die da lautet: Wenn alle ein Impfangebot bekommen haben, ist die Pandemie als Pandemie vorbei. Dann wird es immer noch Corona geben, dann werden auch immer noch Leute Corona bekommen. Dann kann sich jeder, der sich schützen will, impfen lassen; und die, die das nicht wollen, lassen sich nicht impfen.

Der **Forderung nach Solidarität**, die in Deutschland von Regierungsvertretern heftig strapaziert wird, steht Guérot skeptisch gegenüber.

Also dieses Solidaritätsargument, „Du musst dich impfen lassen, damit... usw.“ [...] ist natürlich ein Übergriff in die Persönlichkeitsrechte, der nicht zu verantworten ist. Nochmal: Wenn jeder ein Impfangebot bekommen hat, dann ist es in einer demokratischen Gesellschaft die liberale Auflösung zu sagen: Jeder ist für sich selber verantwortlich. Wer sich impfen lassen will [...], aber wer sich nicht impfen lassen will, muss sich nicht impfen lassen müssen, ohne dafür denunziert zu werden oder als „unsolidarisch“ deklariert zu werden oder gar befürchten zu müssen, dass er irgendwelche Nachteile [davonträgt.]

Preradovic: [...] Aber tatsächlich laufen wir ja da hin [...]: Also Nicht-Geimpfte sind unsolidarisch; sie sollen nachher nicht mehr so viel dürfen; sie müssen ihre Tests selber bezahlen [...]. Ungeimpfte zu diskriminieren, ist inzwischen fast schon ge-

sellschaftlich akzeptiert. [...] Nach dem Motto: Die sind verantwortlich für die nächste Welle [...].

Guérot: Das Argument der Solidarität, das tatsächlich so ein Moralargument ist – es wird ja ein moralischer Druck aufgebaut [...] – ist zurückzuweisen, weil es, solange nicht klar ist, ob diese Impfstoffe vielleicht problematisch sind, übergriffig ist. Der Staat darf nicht schädigen. Sie sind natürlich zur Solidarität verpflichtet in einer Gesellschaft – sagen wir mal: da ist ein Fluss und ein Rettungsring, und da ertrinkt jemand – Sie sind verpflichtet, den Rettungsring zu werfen, Sie sind nicht verpflichtet hinterherzuspringen [...]. Sie sind nicht verpflichtet, sich in Gefahr zu bringen, um jemanden zu retten. Es gibt ja wahnsinnig viele Studien zu dem Thema Impfen. Ich habe das Gefühl, dass wir gerade an dieser Stelle im gesellschaftlichen Diskurs übergriffig werden, dass nämlich der Solidaritätsanspruch so weit ausgedehnt wird über einen Impfwang, dass er in die Selbstschädigung oder – für manchen – empfundene Selbstschädigung hineingeht. Also wenn einige sagen, das Impfen ist für mich eine Schädigung, dann ist das zunächst mal legitim, und diese Person muss das auch nicht begründen.

Von Befürwortern der Regierungsmaßnahmen und von verängstigten Bürgern wird immer wieder **Art. 2 GG** („Persönliche Freiheitsrechte“) eingefordert: „(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“. Auch dieser Artikel wurde in dem Interview thematisiert:

Guérot: Das haben am Anfang auch viele Leute nicht verstanden, dass das Recht auf Unversehrtheit nicht heißt, ich habe ein Recht, nicht angesteckt zu werden – dieses Recht gibt es nicht. Das wurde missinterpretiert: „Ich habe ein Recht, nicht angesteckt zu werden (Art. 2) und deshalb musst du dich impfen lassen, damit ich nicht angesteckt werde.“ Das ist ja eine Fehlinterpretation, weil Art. 2 bedeutet: „Ich habe ein Recht darauf, dass der Staat nicht übergriffig ist mit mir, in irgendeiner Form mich gesundheitlich schädigt.“

Worin sieht Ulrike Guérot nun die drohende „Verschiebung des Rechtssystems“? Ihr Ausgangsargument ist Art. 2 (2) GG. Demnach ist die Unversehrtheit des Körpers absolut geschützt. Niemand, auch nicht der Staat, habe das Recht, eine Person zu impfen, zu kastrieren usw., ohne dass – dies wäre im Sinne von Guérot und Art. 2 (2) zu ergänzen – das gesetzlich geregelt wäre.

Eine Verschiebung des Rechtssystems wäre tatsächlich, dass wir uns von dem Grundsatz entfernen: dass jeder frei ist, über sich zu bestimmen. Art. 2 - Eingriff in die Unversehrtheit des Körpers - bedeutet, dass niemand das Recht hat, dass der Staat mich impft oder dass ich kastriert werde usw. [...] Wenn wir das jetzt verschieben, indem wir z.B. das Testen abschaffen - dadurch wird das Leben hochgradig kompliziert für alle, die nicht geimpft sind [...] -, dann kriegen Sie einen Impfdruck - und Druck in einer freien Gesellschaft ist kontraindiziert. [...] Wenn Sie dann gesellschaftliche Tendenzen haben, wo der Impfdruck aufgebaut wird über subtile politische Steuerung (kein Testen mehr, im Grunde sind Sie nicht mehr frei, Sie verlieren - französische Kinobetreiber - Ihren Job, wenn Sie sich nicht impfen lassen [...]), dann wird es problematisch. Es wird für mich auch problematisch, wenn ich eine Impfung inzwischen bewerbe wie Luftballons auf der Kindertombola.

[...] Wenn wir das Gefühl haben, dass die meisten Leute [...] sich impfen lassen aus Bequemlichkeit (sonst kann ich nicht mehr reisen, ich komme nicht mehr ins Flugzeug, [...], die Tests werden zu teuer), dann haben wir eine gesellschaftliche Steuerung, die nicht mehr das trifft, was sie treffen soll.

Die Frage von Milena Preradovic hier – „totalitäre Züge?“ – nimmt Guérot nicht direkt auf:

Guérot: Das ist der autoritäre Zwang, der aufgebaut wird [...]. Diese Impfkampagne empfinde ich persönlich als penetrant [...] - „Deutschland krepelt die Ärmel hoch“ usw. Das hat schon so etwas von „Volksgesundheit“, Pinochet, „Wir machen hier jetzt alle mit“. Das ist tatsächlich mit freiem Denken und mündigem Bürger, von dem man abverlangen wollte, dass er eine eigene Risikoabwägung mache - und die kann jeder machen, wie er will [...] Da ist die Verschiebung der Demokratie.

Der Solidaritätsdiskurs und der Missbrauch der Moral

So sehr im Augenblick in Deutschland die Medien das Loblied der Solidarität singen, so sehr sieht Guérot Entsolidarisierungstendenzen. Hier berührt sie Fragen, die das Erkenntnisinteresse des **SSIP** im Kern berühren: die Spaltung zwischen Wir-Gruppen, die nicht nur andere Ansichten trennen, sondern die sich gegenseitig als Gegner, wenn nicht als Feinde wahrnehmen. Während der Corona-Maßnahmen hat ein allgegenwärtiges **Freund-/**

Feind-Denken Ausprägung gefunden. Hier wird deutlich, dass der Solidaritätsdiskurs in den Irrgarten der Moral führt.

Guérot: Bleiben wir mal bei dem Punkt „Entsolidarisierung“. Die, die sich jetzt nicht impfen lassen, sind die Bösen; die Schuldigen, wenn jetzt die vierte Welle kommt; und dann verursachen die Kosten, „und die Tests müssen dann ja auch nicht mehr frei sein“ - das sind ganz klare Entsolidarisierungsstrategien. [...] Ist das jetzt nur ein Eintritt in eine weitere Entsolidarisierung der Gesellschaft? Morgen sagen wir: Na ja, die die Bungee-Jumping machen, die müssen's auch nicht tun, oder die, die Ski laufen, die kriegen demnächst den Beinbruch auch nicht mehr von der österreichischen Krankenkasse! Oder die, die zu viel essen [...]. Wenn wir einmal in die Entsolidarisierung gehen, weil wir bei Corona sagen: Die freie Entscheidung des mündigen Bürgers [...] finanziert die Solidargemeinschaft nicht mehr (weil: „Er kann sich ja impfen lassen!“) [...], wo ist dann die Grenze? Wenn wir jetzt mit diesem Solidargemeinschaftsargument operieren, muss eine Gesellschaft eigentlich eine moralische Grenze ziehen [zwischen dem], was im Sinne dieser Gemeinschaft erlaubt ist und was nicht und wo die Solidargemeinschaft noch finanziert und wo nicht. Interessant ist, dass bei Corona jetzt sehr schnell der Reflex entstanden ist, dass die, die nicht geimpft sind [...] sind potentiell die Bösen, [...] werden Geld kosten usw. „Die, die demnächst mit Corona ins Krankenhaus kommen, die sollen ihr Intensivbett dann selber bezahlen.“

Das Argument der **Moral** ist ein besonders wirkungsvolles Werkzeug, um Wir-Gruppen ein Gefühl von **Gruppenidentität** zu geben und sie daraufhin gegeneinander in Stellung gehen zu lassen oder Ausschließungsprozesse in Gang zu setzen.

Guérot: Wenn wir die Ausgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen nach Kriterien der Moral und damit nach dem Kriterium der Verbannung machen, dann sind wir in der Erosion der Demokratie, weil es dann eine mehrheitlich gesellschaftliche Gruppe gibt, die behauptet, dass sie ein Recht, eine Moral hat, die auch richtig ist. [...]

„Verbannung“ – Ausschluss von sog. Feinden

Preradovic nimmt das Stichwort „Verbannung“ hier auf und bringt das Gespräch auf Personen, auch Wissenschaftler, bei denen man versucht habe, sie aus der Öffentlichkeit und dem öffentlichen Dis-

E



kurs auszuschließen, weil sie einem bestimmten „Narrativ nicht entsprachen“; sie erwähnt namentlich den Virologen John P. A. Ioannidis.

Guérot: Dafür gibt es überzeugende Beispiele. Nicht nur Herr Luckhaus² [...]. Die Wissenschaft ist immer im Plural, hat immer Minderheitenmeinung und Herrschaftsmeinung; die Minderheitenmeinung muss immer gehört werden, und nur die Minderheitenmeinung befruchtet eigentlich den Diskurs der Mehrheitsmeinung.

Guérot springt auf und hält das Buch von **Christoph Lütge** und **Michael Esfeld** in die Kamera:

zwei Philosophen, die aus der Leopoldina ausgestiegen sind, weil sie genau das empfunden haben [...], dass das, was man in der Wissenschaft immer den „Minderheitendiskurs“ nennt, die Minderheitenmeinung, dass das unterdrückt wurde.

Guérot erwähnt auch noch die Affäre um **Harald Walach**, der sich als Alternativmediziner um Daten über den Gebrauch von Masken bemüht hatte und der wegen eines Artikels, obwohl der *peer-reviewed* war, unter Beschuss³ geriet. Aufgrund dieser Einflussnahme von außen zog die Zeitschrift seinen bereits gedruckten Artikel zurück. Dazu kommen

2 Anm. d. Red.: Stephan Luckhaus, Professor für Mathematik in Leipzig trat „aus Protest gegen die Corona-Politik der Nationalakademie oder genauer des Präsidiums“ aus der Leopoldina aus, als die Veröffentlichung seiner statistischen Untersuchungen vom Präsidium abgelehnt wurde (wikipedia s.v. Stephan Luckhaus, 28.7.21).

3 Vgl. die Bewertung durch wikipedia s.v. Harald Walach (28.7.21): „Harald Walach [...] ist ein deutscher klinischer Psychologe, Wissenschaftstheoretiker und -historiker. [...] Während der COVID-19-Pandemie verbreitete er Fehlinformationen zu Impfungen und zu Masken bei Kindern. Seine wissenschaftliche Arbeit, gerade im esoterischen Bereich, ist stark umstritten.“ Siehe dazu die *website* von Walach selber: <https://harald-walach.de/2021/07/19/impfstudie-kindermaskenstudie-erlauterungen/#more-3080>.

Christoph Lütge / Michael Esfeld, ... und die Freiheit. Wie die Corona-Politik und der Missbrauch der Wissenschaft unsere offene Gesellschaft bedrohen, München: riva 2021. - ISBN 9783745316308; 10,- €.

tiert Guérot:

Das ist etwas, was nicht geht. Weil: Selbst wenn es in diesem Artikel die eine oder andere problematische Stelle gibt [...] - es ist Wissenschaft, dass dann andere sagen: Moment mal, in deinem Artikel ist aber das nicht richtig und das nicht richtig. Dann schreibe ich den nächsten Artikel und kritisiere das. Aber wenn ich [...] den Artikel zurückziehe - das ist Unterbindung von öffentlicher Äußerung; und da sind wir leider. Das ist kein Einzelfall.

Zum Schluss fasst Guérot die fünf Aspekte zusammen, in denen sie eine Gefährdung der Freiheit und der Werte Europas sieht:

Die Entmündigung der Bürger, der mangelnde Minderheitenschutz, die Übergriffigkeit des moralischen Argumentes, also der Konformitätsdruck in der Gesellschaft, die Homogenisierung der medialisierten Meinung - das sind alles Verschiebungen von einem Rechts- und Normensystem [...].

Normierung der veröffentlichten Meinung

Im letzten Teil des Interviews äußert Guérot ein paar Gedanken über die vermutbaren Gründe solcher Phänomene wie *cancel culture* und wachsende **Freund-/Feind-Spaltungen** in der jüngsten Zeit.

Die eigentlich interessante Frage, die Experten beantworten müssen, ob das etwas mit dem Algorithmus zu tun hat, mit der Digitalisierung, dass wir viel stärker die öffentliche Meinung spalten -

- „Refugees welcome“ und die, die dagegen waren,
- Austeritätspolitik bei der Bankenkrise und die, die dagegen waren,
- „Putin-Versteher“ und die, die im anderen Lager waren,

- extrem spaltende Öffentlichkeiten zu hoch polarisierenden Themen und nichts mehr Überbrückendes. Bleiben wir bei dem Begriff „Putin-Versteher“. Es ist in der Politik immer gut, den Feind zu verstehen oder dem Anderen zuzuhören. Allein der Begriff - Was soll der denn sagen? Es ist doch gut, Putin zu verstehen. [...] Herbert Wehner war

ein großer Russland-Versteher. Den haben wir dafür sehr gelobt; und Egon Bahr war es auch. Das heißt, wenn wir jetzt jemanden, der „versteht“, denunzieren, genauso so wie wir jemanden denunzieren, der „quer denkt“ oder nicht so denkt, wie man meint, dass er denken muss, dann ist das ja schon das para-autoritäre Element. Überhaupt eine Gesellschaft, die glaubt, entscheiden zu müssen, wie die Leute denken sollen; oder jetzt entscheiden zu müssen, wie die Leute sich auf das Impfen einstellen [...] hat natürlich was Übergriffiges, weil die Demokratie eigentlich auf souveränen Bürgern beruht, die sich informieren, auf Minderheitenschutz usw.

Warum stören sich so wenige Bürger an dieser „Übergriffigkeit“, an diesen „Verschiebungen von einem Rechts- und Normensystem“? Guérot erwähnt die Streiks und Proteste in Frankreich, drückt aber ihre Verwunderung darüber aus, dass „die Verschiebung im demokratischen System, dass es entweder den meisten Leuten gar nicht auffällt – ‚aber das Virus, aber das Virus‘ – oder nicht thematisiert wird oder nicht reflektiert wird.“ Sie fühle sich an Edmund Burke [1729–1797] erinnert, der gesagt habe, er habe sich immer gewundert, wie sich so viele Menschen von so wenigen Menschen regieren ließen.

Guérot: Ich glaube nicht, dass da irgendeine Verschwörung dahintersteckt [...]. Ich glaube tatsächlich, dass wir in einem Prozess einer gesellschaftlichen Selbststeuerung sind – *the law of unintended consequences* – und dass eine Entscheidung – *lockdown*, Bergamo –, unter Panik getroffen, sich verselbständigende Elemente hat, die jetzt dazu führen, dass die meisten Leute sich an den Zustand gewöhnt haben, dass die wenigsten Leute Rebellen sind, dass die meisten einfach bequem sind, und deswegen funktioniert das. Die meisten Leute sind ja nicht ernsthaft geschädigt, wir haben alle zu essen, keiner hungert – „das bisschen Maske-Tragen: Reg‘ dich nicht so auf“ [...].

Was sie mit „Verselbständigung der gesellschaftlichen Steuerung“ meint, erklärt Guérot sehr plastisch im späteren Verlauf des Gesprächs:

Wie kommen wir wieder in eine Verhältnismäßigkeit der Berichterstattung? Hier ist der Punkt. Wie bereit sind Sie zuzugeben, wenn Sie sich verlaufen haben? Sozialpsychologisch. [...] Die meisten Leute sind nicht bereit, eine Fehlentscheidung einzugestehen, [...]. Die meisten Leute *throw bad*

money after bad money. [...] Wenn wir mal annehmen, dass das ein sozialpsychologisches Verhalten ist, und man jetzt feststellt, dass man sich partiell verlaufen hat, [...] dass viel investiert wurde in falsche Taktiken, die nicht zu dem Ergebnis geführt haben, das man haben wollte, dass die Bevölkerung impfresistenter ist, als man eigentlich glaubte [...], dass mit guter Intention ganz viel gemacht wurde, um möglichst gründlich zu schützen, und trotzdem – am Ende funktioniert es nicht. Es kommt trotzdem die vierte Welle. [...] Hat es emotional so etwas wie ein Fehlereingeständnis gegeben? [...] Sie können sich als Politik ja nicht hinstellen und sagen: „Leute, vielleicht war das alles doch nicht so schlimm. Vielleicht hätten wir’s anders machen sollen?“ Warum können Sie das nicht? Wenn Sie viel Geld mobilisiert haben, dann würden Sie ja gleich unglaubliche Regressforderungen [provozieren] [...].

Das ist tatsächlich die reale Gefahr, [...] dass man aus diesen Selbstverstrickungen nicht mehr herauskommt und dass deswegen die politische Auflösung nicht besonders einfach ist. Niemand möchte gerne eingestehen [...], dass man sich hat täuschen lassen. [...] Es gibt ja schon den Witz: Was ist der Unterschied zwischen den Querdenker-Argumenten und der *mainstream*-Presse? Sechs Monate!

Guérot sieht ein „riesengroßes Problem“ mit einem „gesetzten *framing*, gegen das praktisch nicht anzukommen ist“ – „die Übergriffigkeit, das Moralargument, der mangelnde Minderheitenschutz usw.“. Sie sagt: „Die meisten Leute haben schon mehr **Angst** vor dem Corona-Virus als vor dem Verlust der Demokratie“.

Guérot: Da haben wir versucht, Corona ins Verhältnis zu setzen, ins Verhältnis zu anderen Krankheiten, ins Verhältnis zu den Maßnahmen, die selber auch wieder Leid erzeugen [...]. Wir haben großen Wert darauf gelegt, dass wir – ein Autorenkollektiv von 16 Autoren, Mathematiker, Physiker, Kinderärzte, Politikwissenschaftler [...] – all die Aspekte ins Licht heben wollten, die durch die Maßnahmen geschehen.

Milena Preradovic: Da ging’s um die Enthysterisierung und die ‚Versöhnung‘ – und Sie haben sofort mit dem ‚Faktenchecker‘ von der *Tagesschau* Bekanntschaft gemacht [...]. D.h., es ist sofort jemand von dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gekommen und hat versucht, Sie in seltsame Ecken zu *framen*. Man hat versucht, das Papier auseinanderzunehmen...

E

Covid19 ins Verhältnis setzen. Alternativen zu Lockdown und Laufenlassen, hrsg. v. Christian Felber / Bernd Fittkau / Monika Frommel / u.a. [im Auftrag des Berufsverband der Präventologen e.V.], o.O. 2021. – 66 S.

Digitale Ausgabe: www.coronaaussoehnung.org

Guérot: [...] was nicht gelungen ist. [...] Ich glaube, dass wir im Moment eine sehr polarisierte Situation haben; mit diesen Bergamo-Bildern [...] und deswegen die ganze „Faktencheckerei“, die ja eigentlich selber schon autoritär oder paraautoritär ist; denn wer bestimmt denn eigentlich, auf welche Fakten ich schaue [...]?

Die Angst vor dem Virus desorientiert Bürger und Politiker in Europa und bringt sie von den zukunftsbestimmenden Aufgaben ab, z.B. von der **Arbeit am europäischen Projekt**. Das Virus beherrscht die öffentliche Debatte und verdeckt die Aufgaben, die die EU eigentlich zu lösen hätte. Guérot zählt auf:

- die Digitalisierungsagenda,
- dass Europa sich nicht emanzipiert hat,
- dass wir immer noch mit dem Brexit *struggeln*,
- dass wir über PIS, über Fidesz die ganzen Rechtsstaatlichkeitsdebatten haben,
- dass wir Recht und Politik in den europäischen Strukturen nicht zusammenbringen,
- dass Europa unglaubliche Fliehkräfte hat,
- schließlich die Flüchtlingskrise,
- die Frage, wie wir mit dem afrikanischen Kontinent umgehen,
- das Problem, dass die Daten der europäischen Bürger in den USA geparkt sind,
- und immer wieder: dass wir geo-ökonomisch von China abhängen, aber geo-strategisch von den USA.

Der Text kann unter der Adresse: malu.stiefel@coronaaussoehnung.eu geordert werden. Die Herausgeber (Berufsverband der Präventologen e.V.) können Rechnungen nicht ausstellen, sind aber für Spenden dankbar (Näheres unter: <https://coronaaussoehnung.org/>)

Das Kapitel „2. Unverhältnismäßigkeiten“ umfasst an die 50 Seiten und enthält u.a. Abschnitte zu Schäden und Opfern durch Covid-19-Schutzmaßnahmen, Demokratieabbau, Unterdrückung von Kritikern, anderen Gesundheitsgefahren, denen keine vergleichbare Aufmerksamkeit geschenkt wird, zur Gefährlichkeit des Virus, die von politisch beeinflussbaren Rahmenbedingungen abhängt, und zur Gefährlichkeit von Covid-19 etwa im Vergleich zur Grippe, was in den Medien immer wieder diskutiert wird.

Guérot: Was passieren muss, ist, dass wir einen Diskurs bekommen, dass wir die Leute aus der Angst herausholen, um Corona ins Verhältnis zu setzen. Deswegen haben wir diesen Titel gewählt.

Guérot ist der Meinung, dass das Virus die Schlagzeilen zu Unrecht beherrscht – schlimmer noch: die Fixierung auf das Virus droht zu ersticken, wofür Europa in der Welt steht. Guérot wird nicht müde zu wiederholen: „Europa und Freiheit gehören zusammen“. Die Werte der Französischen Revolution – *liberté, égalité, fraternité* – ergänzt sie um „Autonomie“ und „Unabhängigkeit“. Die europäischen Werte der *liberté* und der *égalité* müssen sich auch in der Ökonomie abbilden. Stattdessen beobachtet Guérot „eine unglaubliche Einkommensverschiebung“ durch die Corona-Krise („eindeutige Refeudalisierungstendenzen“). Statt *fraternité* sieht sie eine gesellschaftliche Spaltung vorgezeichnet, die „einzuholen“ ihr, wie sie sagt, „fast unmöglich“ erscheint. Viele gesellschaftliche Gruppen glaubten die Demokratie in Gefahr – aber immer nur aus auf sie selbst bezogenen Gründen. Zur europäischen Freiheit zählt sie auch Autonomie und – so widersprüchlich es auf den ersten Blick in der globalisierten Welt klingen mag – „Unabhängigkeit“...

– und wir sehen jetzt, dass wir Verschiebungen im normativen, politischen, demokratischen, im Rechtssystem haben, die darauf hindeuten, dass es übergriffig wird, para-autoritär [...], feststellen, dass Europa eine Krise nicht genutzt hat, also die EU nicht genutzt hat, um sich zu reformieren, die EU sie nicht genutzt hat, um genau das zu werden: „eine emanzipierte europäische Einheit, die sich zwischen Amerika und China behaupten kann“. [...] Wir müssen unbedingt reden, damit dieser autoritäre *spin* nicht in der Gesellschaft bleibt [...].

Was die europäische Demokratie brauche, sei „Aussprache“ und eine neue „Kongruenz von Recht und Politik“.

Quelle: <https://punkt-preradovic.com/impfpflicht-ist-uebergreifig-punkt-preradovic-mit-prof-dr-ulrike-guerot/> (23. Juli 2021)

F1/2021-1_2

Einwanderung nach Europa: Problematische Praxis und juristische Leerstelle

Die *European Society of International Law* (ESIL) ist ein, wie es sich auf seiner *website* charakterisiert, dynamisches Netzwerk von Forschern, Akademikern und Anwendern auf dem Feld des Internationalen Rechts. Den Anstoß zur Gründung gab das verbreitete Gefühl, es müssten Menschen, die auf dem Gebiet des internationalen Rechts arbeiten – seien es Regierungsbeamte, Diplomaten, Rechtsberater in internationalen Organisationen, Akademiker oder praktizierende Anwälte – zusammengebracht werden, um eine europaweite Diskussion und Forschung über dieses Thema zu vertiefen. Trotz der zunehmenden Bedeutung, die der europaweiten Erörterung von Schlüsselfragen in diesem Bereich zukommt, gab es vorher kein Forum, in dem diese Ziele auf europäischer Ebene hätten verfolgt werden können. Der Gründungskongress fand vor zwanzig Jahren, im Mai 2001, am *Europäischen Hochschulinstitut Florenz* statt, was den europäischen Fokus betonte und unterstreichen sollte, dass ESIL sich als unabhängig von national orientierten Gruppierungen empfindet.

Zwischen der *European Society of International Law* und der Privatuniversität *Hertie School* in Berlin gibt es enge Verbindungen. So ist z.B. der Rechtswissenschaftler Pierre Thielbörger, Professor für Völkerrecht, Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhr-Universität Bochum, dort Geschäftsführender Direktor des *Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht* und zugleich *Adjunct Professor* für „*Law and Governance*“ an der *Hertie School*.

In Zusammenarbeit mit der *Hertie School* ist jetzt ein neuer Band in der *European Society of International Law book series* entstanden, der am 25. Februar 2021 vorgestellt wurde. Eine der Herausgeberinnen dieses Bandes ist BAŞAK ÇALI, Professorin für Internationales Recht an der *Hertie School* und Leiterin am dortigen *Centre for Fundamental Rights*. Die Buchvorstellung in Berlin wurde von CATHRYN COSTELLO, Professorin für *Fundamental Rights* und ebenfalls Leiterin am *Hertie Centre for Fundamental Rights* moderiert.

Dieser Sammelband vereinigt Beiträge von Migrations- und Menschenrechtsexperten sowie derzei-

Başak Çalı / Ledi Bianku / Iulia Motoc (Hgg.), *Migration and the European Convention on Human Rights* (European Society of International Law, Book Series; 4), Oxford: Oxford University Press 2021. – 288 S., ISBN 9780192895196, 80 £.

tigen und ehemaligen Richtern des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und untersucht, wie die **Europäische Menschenrechtskonvention** als „lebendiges Instrument“ (*as a living instrument*) zu Migration und zu den Rechten von Migranten steht. Başak Çalı wies bei der Buchvorstellung auf den Widerspruch hin, dass der Europäische Gerichtshof dauernd mit Migrationsverfahren befasst sei, die Europäische Menschenrechtskonvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950 den Begriff des Migranten aber gar nicht kenne.

Das Buch bietet eine Analyse der Rechtsersuchen von Migranten. Je nach Zeitpunkt eines Migrationsverlaufs identifizieren die Autoren unterschiedliche **Typen des Rechts der Migration**: das Recht zu fliehen, das Asylrecht, die Rechtsprechung der Festnahme, sozio-ökonomische Rechte und die Rechte des längeren Aufenthalts. Entsprechend behandelt das Buch das Recht auf Flucht, die Frage, wer zur Einreise und zum Aufenthalt in Europa berechtigt ist und welche Behandlung Migranten geschuldet wird, wenn sie in den Zuständigkeitsbereich eines Mitgliedstaats des Europarats kommen. Das Buch bewertet die Rechtsprechung der **Europäischen Menschenrechtskonvention** in Bezug auf verschiedene Kategorien von Migranten einschließlich Asylbewerbern, irregulären Migranten, Personen, die über legale inländische Wege eingewandert sind, und Personen, die derzeit in zweiter oder dritter Generation in Europa leben. Manche Beiträge betten ihr Thema in einen **ethnologischen und philosophischen Hintergrund** ein, womit Iulia Motoc Bezüge auf z.B. Kant, Hannah Arendt oder Michael Walzer meinte.

Der Verlag lobt den weiten Blick, den das Buch einnimmt und der eine systematische Analyse ermöglichte, wie und in welchem Umfang die Menschenrechtskonvention für die Nichtzurückweisung (*non-refoulement*) einsteht, wie sie Migrantenkinder, Familienrechte von Migranten, Statusrechte

F. Aus der Forschung

F

von Migranten, ihre wirtschaftlichen und sozialen, ihre kulturellen und religiösen Rechte schützt.

Bei der Buchvorstellung in Berlin erzählte LEDI BIANKU, der im Augenblick *Associate Professor* an der Universität Straßburg ist, dass dem Buch Konferenzen vorausgegangen seien, in denen Anwender des Rechtssystems mit Forschern zusammenkamen. Cathryn Costello betonte die Notwendigkeit, eine umfassende Perspektive einzunehmen; der ganze Weg des Migranten, der Migran-

tin müsse berücksichtigt werden. Die nationalen Hoheitsrechte, das komplexe Recht zur Flucht, Informationspolitiken, der Schutz von Minderjährigen – all das seien Querschnittsthemen, die interdisziplinär zu behandeln seien. Nur so könne der Schutz von Migranten verbessert werden. AT

Quelle: <https://global.oup.com/academic/product/migration-and-the-european-convention-on-human-rights-9780192895196?cc=gb&lang=en#>; <https://esil-sedi.eu/esil-series/>

Migration and the European Convention on Human Rights

hgg. von Başak Çalı, Ledi Bianku und Iulia Motoc

Inhalt

Anm. d. Red.:
ECHR: *European Convention of Human Rights*
ECtHR: *European Court of Human Rights*

Part I. Migration and the European Convention on Human Rights

1. Migration and the European Convention on Human Rights (Başak Çalı, Ledi Bianku, and Iulia Motoc)
2. The Migrant Case Law of the European Court of Human Rights: Critique and Way Forward (Marie-Bénédicte Dembour)

Part II. Right to Flee, Right to Seek Asylum, and the Right to Humane and Dignified Treatment

3. Theorising the (Intersectional) Right to Flee in the ECHR: A Composite Entitlement to Leave to Escape Irreversible Harm (Violeta Moreno-Lax)
4. The JK Decalogue: A Paradigm Shift In Dealing With Asylum Cases In Strasbourg? (Ledi Bianku)
5. Challenges to the Application of the Concept of Vulnerability and the Principle of Best Interests of the Child in the Case-Law of the ECtHR Related to Detention of Migrant Children (Ksenija Turkovic)

6. The Contribution of Strasbourg Case-Law to the Effective Access of Undocumented Migrants to Minimum Social-Economic Rights: Towards a More Dignified Position of Vulnerable Undocumented Migrants in the European Space (Francesca Ippolito and Carmen Pérez González)

Part III. Rights of Long-Term Migrants

7. The European Court of Human Rights and Removal of Long-Term Migrants: Entrenched Statism with a Human Voice? (Başak Çalı and Stewart Cunningham)
8. Cultural Rights of Migrants: Living Together in Dignity? (Bianca Selejan-Gutan)
9. Islamophobia and the ECtHR: A Test-Case for Positive Subsidiarity for the protection of Europe's long-term migrants? (Eva Brems)

Part IV. Stages of Migration and the European Court of Human Rights

10. Stages of Migration and the European Court of Human Rights: A Case List (Kristina Hatas)

F2/2021-1_2 Auf der Suche nach einer „nordischen Kultur“

Gibt es eine von anderen unterscheidbare „nordische Kultur“ oder „nordische Bildung“? 32 Expertinnen und Experten gehen in einem Sammelband dieser Frage nach. Der als „*Nordic*“ gefassten Region Europas (Skandinavien einschließlich den Färöern und Grönland) wird in dem Band ein „*shared set of values in education*“ (S. 2) beziehungsweise „*a particular kind of Bildung*“ (S. 3) angesprochen. Dies beschreibt DANIEL BELLINGRADT (Institut für Buchwissenschaft an der Friedrich-Alexander-Uni-

versität Erlangen-Nürnberg) in einer Rezension für die sozialwissenschaftliche Fachinformationsplattform *hsozkult*.

Als Quellen dienen eine Vielzahl an (papiernen und digitalen) Lernmaterialien, die in privaten, kirchlichen und öffentlichen Einrichtungen zu Bildungszwecken entworfen, umgesetzt und genutzt worden sind, berichtet Bellingradt: Katechismen, Manuale, Gesangsbücher, Lesebücher, Schreib-

lernhefte usw., zusammengefasst als „textbooks“. Darüberhinaus gibt es in der Einleitung des rezensierten Sammelbands offenbar keine genauere terminologische Bestimmung dieser Quellengattung.

Um es kurz zu machen: Der Rezensent zweifelt, ob dieses essentialistisch „Nordische“ wirklich in so eigenen Bildungs-Parametern beschreibbar ist. Die fünf Herausgeberinnen / Herausgeber hatten den Beiträgerinnen und Beiträgern Fragen („key perspectives“), die an jene Lernmaterialien gestellt werden sollten, vorgegeben. Erstens – referiert Bellingradt – sollte nach Spuren obrigkeitlicher Beeinflussung und Kontrolle gefragt werden; zweitens sollten Horizonte von Partizipationsmöglichkeiten seitens der Lernenden hinterfragt werden; und drittens sollte nach „inhaltlich greifbaren Akteuren und Ideen“ Ausschau gehalten werden. Er schreibt, es seien dies „vage Analyse-Vorgaben zu möglichen Einwirkungskräften, Hemmfaktoren und Themenauswahl“, die die kurzen Beiträge des Bandes prägten. Die Beiträge haben selten mehr als zehn Seiten Umfang. Der Rezensent kritisiert, diese kurzen Beiträge böten wohl schnelle Orientierung; aber die drei „key perspectives“ seien „nicht immer einfach zu finden und manchmal fast gar nicht vorhanden.“ Auch erscheint ihm die Langzeitperspektive von 500 Jahren als fragwürdig.

Das Buch lasse den Leser eine Vielzahl von kurzen Momentaufnahmen, epochalen Einordnungen und Fallbeispielen durchschreiten. Die Zeitspanne wird nach bekannten Epochen gegliedert: Reformation und ihre Nachwirkungen (1500–1770), Aufklärung (1770–1820), Nationalismus und aufkommende Demokratie (1820–1920), der Wohlfahrtsstaat (1930–2000) und die Globalisierung und Digitalisierung (1990–2020). Das Ergebnis seines Lektüredurchgangs fasst der Rezensent – nicht ohne Ironie – so:

Zumindest für Zentral- und Westeuropa erscheinen die Muster und Dynamiken sehr bekannt. Für heutige Bildungspraktiker und -politiker mag zudem aus der Lektüre beruhigend sein, dass Bildungsplanungen und die Realität von Bildungserfolgen auch in den letzten 500 Jahren nicht immer deckungsgleich, aber stets reformbedürftig waren.

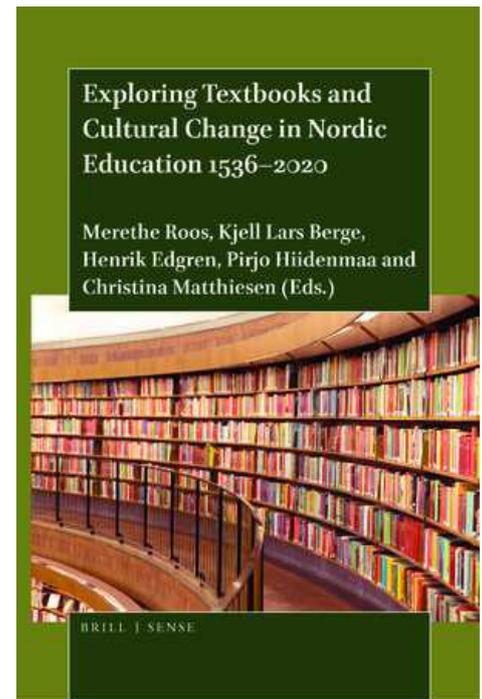
Wenn man nach dem Ergebnis sucht, zu dem die vielen Autorinnen und Autoren kommen, sieht der Rezensent vor allem die formende Kraft des Nationalismus:

Die Bildungs-Prägekräfte der Frühen Neuzeit (Protestantismus) nehmen tendenziell an Bedeutung nach dem 19. Jahrhundert ab und das Nationale wird zu einer säkularen und staatsformenden Idee, die beim Erlernen der eigenen Geschichte und Muttersprache in Wort und Schrift zum Bildungsargument mutiert. [...] Auch im Norden Europas wurde aus Bildungsangeboten rasch eine Bildungsnorm, bei denen die eingesetzten und genutzten „textbooks“ auch von der Lehrerbildung, den Schulbauten und der generellen Bildungs- und Wissens-Infrastruktur des jeweiligen Landes abhängen. Das Normierende und Überwachende der textbook-Nutzungen tritt im Langzeitblick deutlich hervor: „monitoring“ ist das Verb, das bei der Lektüre immer wieder auffällt.

„Anordnen, Reformieren und Überwachen“, das gezielte Befördern bestimmter Lernthemen mit Methodenimporten aus dem Ausland und anleitenden Publikationen für Lehrende und Lernende entdeckt Daniel Bellingradt als eine epochenübergreifende „Konstante in der nordischen Bildung“. Das wäre also, sagt er, ein Charakteristikum jener ausgemachten „Nordic DNA“. Wenn es auch offenbar dem Leser überlassen bleibt, die akribisch zusammengetragenen Details und epochalen und regionalen Ausprägungen zu einer „Nordischen Bildungsgeschichte“ zusammenzufügen, empfiehlt er doch die Lektüre dieses „überaus ertragreichen Bandes“.

Stellen wir nun am Schluss nur die Frage: Warum begeben sich Forscher heutzutage auf den Weg, nach einer „nordischen Kultur“ zu suchen?

Quelle: <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-98572>



I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten

I1/2021-1_2 **Identitäten im Konflikt über Generationen hinweg**

Das Dissertationsprojekt hatte einen langen Titel: *Identitäten im Konflikt – Die Bedeutung des intergenerationellen Erzählens über die Nakba innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und dessen Einfluss auf die Identitätskonstruktion und das Selbstbild von Angehörigen der sogenannten dritten Generation*. Im Jahr 2019 ist die Dissertation im Druck erschienen:

Katharina Kretzschmar, *Identitäten im Konflikt. Palästinensische Erinnerung an die Nakba 1948 und deren Wirkung auf die dritte Generation, mit einem Vorwort von Wolfgang Benz, Bielefeld: Transcript 2019. – 212 S., ISBN 978-3-8376-4787-7, 34,99 €.*

Im März 2021 lud das *ForumDialog*, 2008 mit dem Namen *Forum für Interkulturellen Dialog* in Berlin gegründet, eine Initiative interkulturellen Dialogs des Islams der Prägung von Fethullah Gülen (<https://www.forumdialog.org/ueber-uns/>), die Verfasserin und ihren akademischen Mentor **Prof. Dr. Wolfgang Benz**, der bis zu seiner Emeritierung das *Zentrum für Antisemitismusforschung* an der Technischen Universität Berlin geleitet hat, zu einer Diskussion über das Buch und seine Thesen ein.

Das Forum schrieb dazu:

„Nakba“ bedeutet „Katastrophe“ und bezeichnet aus arabischer Sicht die erste Eskalation des Konflikts zwischen Juden und Palästinensern 1948. Wer den heutigen Nahostkonflikt verstehen will, muss auch die Bedeutung der Nakba als wichtigen Bestandteil des palästinensischen Selbstverständnisses und die damit verbundene intergenerationelle Weitergabe von Erinnerungen berücksichtigen. Die Angehörigen der sogenannten „dritten Generation“ der PalästinenserInnen in Israel, auf der Westbank und im Gazastreifen erfahren den Identitätskonflikt als Teil ihrer Lebenswelt. Welchen Einfluss das intergenerationelle Erzählen über die Nakba auf die Identität und die Selbstverortung der Nachkommen der sogenannten „dritten Generation“ hat und wie sich das auf ihre Lebensplanung auswirkt, untersuchte Katharina Kretzschmar [...].

Die Verfasserin hat Interviews, von denen vierzehn im Buch nachzulesen sind, mit 24- bis 42-Jährigen geführt, die in Deutschland studierten und der Generation angehören, die die Zukunft des Nahen Ostens maßgeblich mitgestalten wird. Der mehr-

jährige Auslandsaufenthalt in Deutschland war ebenfalls Gegenstand der Interviews. Die Folgen der (mindestens) temporären Migration führen, wie sich zeigte, oftmals zu Konflikten mit dem ursprünglichen Umfeld, dessen Normen und Regeln in Frage gestellt werden. Entsprechend der *Grounded Theory* hat die Verfasserin induktiv Daten erhoben und anhand entstandener *keywords* ausgewertet.

Diese Generation von Palästinensern hat die Nakba 1948 nicht selbst erlebt und speist ihr Wissen vor allem aus den Erzählungen der Eltern- und Großelterngeneration. Dem intergenerationellen Erzählen kommt für das kollektive palästinensische Erinnern – so steht es in dem Dissertationsexposé – „eine hohe Bedeutung zu, da es (v.a. in Israel) eine öffentliche Erinnerungskultur ersetzt und als Träger für die als bedroht empfundene palästinensische Identität und Geschichte fungiert.“ Die oft betonte palästinensische Identität habe, basierend auf dem kollektiven Erinnern, einen hohen Stellenwert im palästinensischen Diskurs. Für die in Israel, der Westbank, dem Gazastreifen und den Lagern in den umliegenden arabischen Ländern unter divergierenden Bedingungen lebenden Palästinenser habe das kollektive Identitätskonstrukt außerdem einen homogenisierenden Charakter.

Die Wirkung der Weitergabe von interpretierten Erinnerungen war auch gleich Thema der ersten Frage in der anschließenden **Diskussion**: „Inwiefern kann das Erzählen der Geschichte beitragen zu einer **Aussöhnung** mit den Erinnerungen an die Nakba? Gab es dazu Aussagen der Interviewpartner?“ Katharina Kretzschmar antwortete mit einem klaren „Nein“, die Unrechtserfahrung werde weitergegeben. Und wie verhält es sich auf israelischer Seite? Ein Zuhörer wollte wissen: „Wie würden Sie **die Haltung der israelischen Bevölkerung** zur Nakba bewerten, gibt es da eine stärkere Bereitschaft zur Aufarbeitung als in der Politik?“ Kretzschmar mochte nur Vermutungen äußern: „Die Bereitschaft gibt es, evtl. stärker als bei den Regierenden...“. Wolfgang Benz gab sich in dieser Frage entschiedener: in der Bevölkerung sei die Bereitschaft vorhanden. Auch auf der jüdischen Seite sei begonnen worden, über die Nakba zu reden. Erzählung ist aber nicht gleich Erzählung, wie ein Zuschauer einwarf. Eine Erinnerungserzählung, die einen „Auftrag erfüllen“ will, ist anders als eine biographische Erzählung. Jedenfalls müsse erzählt werden, damit eine Verarbeitung stattfindet.

Einen gewissen Raum nahm die Frage ein, ob es Parallelen gebe zwischen der Vertreibung von Palästinensern ab den 1920er Jahren und den Heimatvertriebenen in Mitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Bis heute gebe es Gruppen, die unversöhnlich sind („Beneš-Dekrete“), und solche, die pragmatisch ein neues Leben aufgebaut haben. Dazu meinte Wolfgang Benz: 99 % haben ihren Frieden gefunden. Ein wichtiger Unterschied liege darin, dass die Vertriebenen mehr oder weniger freundlich aufgenommen worden seien, was entsprechenden Geboten der Alliierten entsprochen habe.

Überhaupt – stellen Geschichten über eigenes erlittenes Leid eine Chance zu versöhnen dar, wenn sie das menschliche Gesicht beider Seiten zeigen? Dem pflichtete Kretzschmar bei: Ja, wenn die Bereitschaft zur Versöhnung grundsätzlich vorhanden sei. Wolfgang Benz schränkte ein: Das Leid müsse personalisiert werden; ein Beispiel dafür sei der Hollywood-Film „*Holocaust*“, der eine emotionale Erschütterung hervorgerufen habe.

Kann angesichts des starken Gegenwindes, den diejenigen erleben, die Versöhnung jenseits von Feindbildern und trotz der Erfahrungen von Gewalt und Unrecht suchen, **Friedensarbeit** möglich sein? Gibt es auf der „anderen“ Seite Menschen, die **sich dem Feindbild verweigern**? So umfassend gestellt, blieb die Frage unbeantwortet stehen. Auf die weniger ambitiöse Frage „Haben sich die Interviewpartner auch über ihre Vorstellungen zu möglichen Chancen und Perspektiven einer Friedenspolitik geäußert?“ antwortete Katharina Kretzschmar am Schluss sehr optimistisch, aber etwas unscharf: Ja, die Resonanz sei positiv. AT

Quelle: AT; <https://www.tu-berlin.de/?id=163681>.



Flüchtlinge verlassen das Britische Mandatsgebiet Palästina: „*Making their way from Galilee in October-November 1948*“ – Foto von Fred Cszanik, Cambridge University Press 1989 (gemeinfrei)



1967 flüchten ca. 150 000 Menschen aus der von Israel besetzten West Bank nach Jordanien, weitere 38 500 fliehen aus dem Gaza-Streifen nach Jordanien. Ewa 16 000 Flüchtlinge aus dem Golan-Gebiet suchen Zuflucht in Syrien, überwiegend in Damaskus und Dera'a im Süden des Landes. Das Foto aus dem Archiv des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) zeigt zwei Mädchen nahe der Allenby-Brücke, die den Fluss Jordan überspannt, acht Kilometer von Jericho und 43 Kilometer von Jerusalem. (© 1967 UNRWA, Archive Photo by George Nemej)

Anm. d.Red.: Als Nakba – Arabisch النكبة bzw. *an-Nakba*, Hebräisch הקטסטרופה, Deutsch ‚Katastrophe‘ oder ‚Unglück‘ – wird im arabischen Sprachgebrauch die Flucht und Vertreibung von etwa 700 000 arabischen Palästinensern aus dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina zwischen 1947 und 1949 bezeichnet.

K. Konvivenz, Kooperationen

K1/2021-1,2 **AMIBerlin: Arab Music Institute Berlin – Ein neues Zentrum für Musik**

Gastbeitrag von Wisam Abu Al Neel

Im Januar 2021 wurde in Berlin ein **arabisches Musikinstitut** gegründet: AMIBerlin (*Arab Music Institute Berlin*). Der Initiator und Mitbegründer ist der syrische Musiker NABIL ARBAAIN. Er ist vierzig Jahre alt und stammt ursprünglich aus Damaskus. Zunächst gründete Nabil Arbaain ein Unternehmen namens „*Alkhaimeh*“, was übersetzt „Das Zelt“ bedeutet. Das war bisher leider nicht so erfolgreich; aber Nabil Arbaain plant, in Zukunft wieder daran zu arbeiten. Das Ziel von „*The Tent*“ war es erstens, junge Künstler und Musiker zu unterstützen, indem ihnen Proberäume und Bühnen für ihre Auftritte zur Verfügung gestellt wurden, sowie zweitens Araber in Berlin durch Musik wieder mit ihrer Muttersprache zu verbinden. Dieses Ziel verfolgt AMIBerlin nun auch. Laut seiner Website befindet sich das neue arabische Musikinstitut am Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz in Berlin.

Nabil Arbaain selbst spielt Geige (*Kaman*), Klavier und *Oud*. *Oud* ist ein birnenförmiges Saiteninstrument mit zwölf oder vierzehn Saiten, die in sechs oder sieben Chören gruppiert sind. Ihr Stimmumfang umfasst etwa zweieinhalb Oktaven. Arbaain unterrichtet *Oud* auch und mischt gerne westliche klassische Musik mit östlichem Jazz. Weitere Lehrende sind ZAHER ALKAEI, der Violine unterrichtet, VALENTINA BELLANOVA, die *Nay* unterrichtet, SHINGO ALI MASUDA, der *Qanoun* unterrichtet, DANI ALOR, der arabischen Solo- und Chorgesang unterrichtet, und schließlich YOUSEEF ELTIKHEN, der *Darbouka* und *Daf* unterrichtet. *Darbouka* ist ein Schlaginstrument, das einer Trommel ähnelt und mit Ziegenhaut bespannt ist, und die *Daf* besteht aus einem Rahmen, *Torus* genannt, auf den dünnes Leder wie Pergament gespannt ist. Rund um den *Torus* sind kleine Glocken angebracht, die beim Schlagen des Instrumentes mittels der Hand oder einzelner Finger rhythmisch klingen.

Die Dozenten von AMIBerlin bieten neben Gesang und Unterhaltung auch Unterricht in **arabischer Musiktheorie** an. In der arabischen Musik gibt es nicht nur Halbtonschritte, sondern auch Vierteltonschritte. Außerdem unterscheiden sich die Arten der arabischen Musik je nach Herkunftsland,



wenn sie auch die gleichen Instrumente verwenden. Die Musik des Nahen Ostens hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten gewandelt. Sie hat sich von der Musik des alten Stils hin zu ausländischen Musikstilen wie Rap entwickelt und verwendet in ihren Liedern immer häufiger die englische Sprache. Dies geschah, um mit dem sich ändernden Musikgeschmack der meisten Teenager in den Ländern des Nahen Ostens Schritt zu halten. Diese Genres wurden zunächst nicht akzeptiert, weil viele Menschen durch die älteren Lieder mit ihrem Land verbunden waren, aber der Wandel steht unmittelbar bevor, sodass sich viele Menschen aus älteren Generationen anpassen mussten. Die alte Musik ähnelte eher der Poesie und den Geschichten in den Liedern, die in der Regel vom Land, dem Herrscher oder von Beziehungen handelten. Die wichtigste Veränderung betraf das Genre und die komplexen Worte, die die Sänger von den 1970er bis zu den frühen 2000er Jahren benutzten. Heute benutzen die Sänger einfachere Worte, die etwas direkt beschreiben. Das bedeutet jedoch nicht, dass beides weniger aussagekräftig ist, denn in der Musik geht es immer darum, eine Beziehung zu den Menschen herzustellen und sie zu bewegen.

Der harte Weg nach Berlin

Nabil Arbaain hatte mehrmals versucht, ein Visum für seine Frau in Portugal zu bekommen, war aber jedes Mal abgewiesen worden. Dann zahlte er 1 000 Dollar, um mit 37 anderen Menschen aus Syrien in einem **Schlauchboot über das Mittelmeer** von Izmir nach Griechenland zu fahren, wo die Flüchtlinge auf einer unbewohnten Insel landeten und den Rettungsdienst riefen. Nach drei Stunden wurden sie von einigen Soldaten abgeholt. Deren erste

Worte waren: „Seid ihr aus Syrien? Macht Euch keine Sorgen, ab jetzt gibt es kein Sterben mehr!“ Das sorgte bei Nabil Arbaain für totale Verblüpfung. Zunächst sah er viele Möglichkeiten für die Weiterreise - Deutschland, die Niederlande oder Schweden? Erst wollte er in die Niederlande, weil er dort Freunde hatte, entschied sich dann aber für Deutschland wegen der kostenlosen Hochschulbildung.

Er besorgte sich einen Pass und kam nach Deutschland, wo er sich zwar **nicht willkommen**, aber schlussendlich sicher fühlte. Er ging für zwei Monate nach Frankfurt/Oder, dann nach Rathenow und schließlich, nachdem er seine Aufenthaltsgenehmigung erhalten hatte, nach Berlin. Gleich nach seiner Ankunft in Berlin nahm Nabil Arbaain ein Album mit dem Titel *From Damascus to Berlin* auf, das von seiner Flucht nach Deutschland und der Bedeutung von Heimat handelt.

Da es in Berlin keine arabischen Musikinstitute gibt und die Öffentlichkeit arabische Musik akzeptiert und sie ihr gefällt, hat Arbaain mit anderen zusammen das AMIBerlin gegründet, und dies auch, um die Araber in Berlin durch Musik wieder mit ihrer Muttersprache zu verbinden.

Kontakt

Arabic Music Institute Berlin - Arabisches Musikinstitut Berlin, Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz 7-8, Tel.: 0157 / 72323489, <https://amiberlin.com/>

Der Verfasser dieses Gastbeitrags, Wisam Abu Al Neel, studiert an der Deutsch-Jordanischen Universität (GJU) in Amman und hat 2021 ein Praktikum an der Fachhochschule Magdeburg-Stendal absolviert. Ein Teil dieses Praktikums fand im Rahmen eines Kooperationsvertrags des SSIP mit Prof. Dr. Carlos Melches von der Fachhochschule beim SSIP statt. Den Artikel hat Wisam Abu Al Neel unter Anleitung selbstständig auf Deutsch verfasst.

Diskographie

Garrido, Waldo F. [Produzent] & Nabil Arbaain [Interpret] (2020): „From Damascus To Berlin“ [Album].

Bezugsquelle: HIGHRESAUDIO [Musik-Streaming-Plattform], Label „Alkhaimeh“. Online unter <https://www.highresaudio.com/de/album/view/uxx6q8/nabil-arbaain-from-damascus-to-berlin>

Quellen

Kurzbeschreibung („Abstract“) des Albums durch dessen Produzenten Waldo F. Garrido, online unter <https://researchdirect.westernsydney.edu.au/islandora/object/uws%3A55756>

Ahme-Presseschau

Facebook-Seite von Nabil Arbaain, <https://www.facebook.com/nabil.arbaain/>

„Meine Identität ist mein Sound, den ich überallhin mitnehme“. Der syrische Musiker Nabil Arbaain hat in Berlin ein arabisches Musikinstitut gegründet. Interview mit Hannah El-Hitami, in: ND [Neues Deutschland], 05. Mai 2021, online unter <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1155307.arabische-musikschule-meine-identitaet-ist-mein-sound-den-ich-ueberallhin-mitnehme.html>

„Nabil Arbaain: Oud of Damascus“, Interview mit Hartmut Welscher, in: VAN - Online-Magazin für klassische Musik, 11. Januar 2017, online unter <https://van-magazin.de/mag/nabil-arbaain/>

„Berlin is a perfect place: Nabil Arbaain and his wife found a new home in Neukölln“. Online-Artikel auf Webseite der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration, o.D., online unter <https://www.berlin.de/lb/Wintmig/en/living-integration/refugees/berlin-is-a-perfect-place-589596.en.php>

K

Nabil Arbaain, Foto:
Publikator GmbH
Berlin



K

K2/2021-1_2 **Türöffner**

„Türen öffnen. Menschen verbinden. Perspektiven schaffen“ lautet das Motto von *Türöffner* e.V. Der Verein wurde als gemeinnütziger Verein im April 2016 in Berlin gegründet. Er vermittelt Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze und unterstützt sowohl die Geflüchteten als auch die Unternehmen bei allen damit verbundenen rechtlichen, organisatorischen und vorbereitenden Angelegenheiten. Das Netzwerk in Berlin und Brandenburg besteht nach eigener Darstellung inzwischen aus über 118 Unternehmen aus Wirtschaft, Kultur, Sport und Kirche. Durch die Vermittlung in den Arbeitsmarkt will der Verein zur Integration Geflüchteter beitragen. Auf seiner *website* prunkt der Verein damit, dass man über die vergangenen fünf Jahre rund 400 Klienten für den Arbeitsmarkt vorbereitet und begleitet habe. Insgesamt hätten 181 Praktika vermittelt werden können, von denen 93 in Arbeitsverträge und 15 in Ausbildungsverträge gemündet seien.

Die Projekte, die *Türöffner* e.V. auf seiner Internet-Seite vorstellt, geben viele Anregungen für Konvivenz.

Seit 2020 läuft ein LOTTO-Projekt („Wegbereiter und Türöffner“), wo insgesamt 60 Teilnehmende auf den deutschen Arbeitsmarkt vorbereitet und in Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsplätze vermittelt werden. In Einzelgesprächen, Coachings und Workshops werden die Teilnehmenden „bis zu zwölf Monate lang mit bis zu fünfzig Zeitstunden persönlich und ganz individuell“ betreut. Sie werden sich über ihre Kompetenzen klar, recherchieren nach passenden beruflichen Perspektiven und erstellen Bewerbungsunterlagen. Darüber hinaus



lernen die Teilnehmenden Arbeitsfelder, Branchen und Unternehmen kennen und werden über arbeitsrechtliche Themen und bürokratische Abläufe informiert. Während ihres Bewerbungs- und Einstellungsprozesses werden die Geflüchteten von den *Jobcoaches* persönlich begleitet und, sollte eine Vermittlung mal scheitern, betreut. Denn den „Türöffnern“ ist es wichtig, das Selbstgefühl der Geflüchteten – sie sprechen von „Selbst-Empowerment der Geflüchteten“ – zu stärken, „damit sie auch langfristig und über das Projektende hinaus auf dem Arbeitsmarkt bestehen und ihre beruflichen Ziele selbstständig verfolgen können.“ Dies soll einen „Beitrag zur erfolgreichen Integration in die Gesellschaft leisten.“

Man fragt sich allerdings, ob Menschen, die jahrelang im Bürgerkriegsdschungel in Libyen überlebt, sich durch lebensgefährliche Grenzpassagen auf dem Balkan oder in Osteuropa hindurchgekämpft oder auf Seelenverkäufern über das Mittelmeer gewagt haben, noch „Selbst-Empowerment“ brauchen.

Türöffner e.V. Treprow-Köpenick hat im Mai 2021 eine Workshop-Reihe zum Thema „Klarheit über Alltag, Arbeit und Demokratie“ aufs Gleis gesetzt. In Workshops werden die Teilnehmer mit der deutschen Bürokratie vertraut gemacht, organisieren den Alltag und üben ihren Einstieg in den Berliner Arbeitsmarkt. Der Verein organisiert Treffen mit potenziellen Arbeitgebern und Exkursionen zu Vereinen und Stiftungen und Diskussionen über demokratische Werte.

Im Sommer 2021 ist ein Projekt „Selbstmarketing – ein Schlüssel zum Erfolg“ für Eingewanderte und Flüchtlingshelfer gestartet. Die Teilnehmenden erhalten technische Informationen („Wie beantrage ich eine Arbeits- oder Beschäftigungserlaubnis?“); aber es geht auch um den Aufbau einer „eigenen Marke“, um „Vermarktung“ und das Erlernen „der damit verbundenen Kommunikation nach Außen“, also um Themen wie „Branding, Corporate Identity und Corporate Design“. Nach diesem Workshop wird Einzelcoaching angeboten.





Packen wir's an.

Arbeit für Geflüchtete in Berlin/Brandenburg.

Schließlich organisieren Mitglieder des Vereins „Kiezspaziergänge“. Im Projekt „Der andere Blick“ sollen Neuberlinerinnen und Neuberliner ihren Wohnbezirk, „interessante und eigene Lieblingsplätze des Bezirks“ Anderen zeigen und ihre „persönliche Geschichte dazu erzählen“. Das soll die Neuberlinerinnen und Neuberliner „zu Stadtführerinnen und Stadtführern“ qualifizieren – und es könnte helfen, Integration nicht nur als Einbahnstraße zu praktizieren. Denn die Geflüchteten können den Deutschen sicher Türen zu ihnen bisher unbekanntem Lebenswelten öffnen.

Kontakt: Der Verein *Türöffner* e.V. hat seinen Sitz im Haus eines bekannten Berliner Fußballvereins: c/o 1. FC Union Berlin e.V., An der Wuhlheide 263, 12555 Berlin

Quelle / Text: *Ahme Pressespiegel*; <https://tueroeffner-ev.de/>; <https://tueroeffner-ev.de/wissenswertes/>

Ein Blick auf die Webseite des Netzwerks

M1/21-1_2 Kurz und bündig zu Flucht und Asyl

Der *Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR)* in Berlin ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung. Mit seinen Gutachten soll das Gremium zur Urteilsbildung bei allen integrations- und migrationspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit beitragen. Dem SVR gehören neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Forschungsrichtungen an.

Im Rahmen seiner Reihe „Kurz und bündig“ hat der SVR seine Publikation „Fakten zu Flucht und Asyl“ aktualisiert. Hier findet man die wichtigsten Infor-

mationen und Zahlen beispielsweise zu Asylanträgen, Herkunftsländern, Schutzquoten und Aufenthaltsbeendigung. Das Faktenpapier erklärt auch die Regeln für Asylverfahren sowie den Zugang zu Bildung und Arbeit für Flüchtlinge in Deutschland. Darüber hinaus fasst es aktuelle Statistiken zu Flucht und Asyl weltweit sowie in der Europäischen Union zusammen.

Man erfährt hier z.B., dass es Ende 2020 weltweit 48 Millionen solcher Binnenflüchtlinge gab und Mitte 2020 ca. 30 Mill. Menschen, die über Landesgrenzen hinweg aus ihren Ländern geflüchtet sind. Die vier häufigsten Zielländer waren die Türkei, Kolumbien, Pakistan und Uganda; Deutschland stand an fünfter Stelle, der Iran an siebter. Im Ver-

M. Migration, Diaspora

M

hältnis zur Bevölkerung wurden 2020 die meisten Asylanträge in Zypern und Malta gestellt (8,5 bzw. 5 Anträge auf 1.000 Einwohner). In Deutschland kamen rund 1,5 Asylanträge auf 1.000 Einwohner, während in absoluten Zahlen Deutschland seit 2012 innerhalb der EU die meisten Asylanträge entgegengenommen hat.

Im Jahr 2020 stellten etwas mehr als 100.000 Personen in Deutschland erstmalig einen Asylantrag; im selben Jahr wurden 13.683 Personen nach Ablehnung eines Asylantrags in ihr Herkunftsland abgeschoben (offiziell: „zurückgeführt“).

Sachverständigenrat für Integration und Migration (Hrsg.), *Fakten zu Flucht und Asyl 2020/2021*, Berlin: SVR, 16. Juni 2021, 9 S.

Man kann sich die Broschüre bestellen oder von der SVR-website herunterladen. Obwohl sie nur wenige Seiten umfasst, ist die Lektüre lohnend. Quellen sind angegeben, ggf. mit entsprechenden links.

Quelle: SVR

Kontakt: Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gGmbH, Neue Promenade 6, 10178 Berlin (Tel.: 030 / 288 86 59-0, info@svr-migration.de), www.svr-migration.de



M2/2021-1_2 Eine langwierige Angelegenheit

Integration ist eine langwierige Angelegenheit. Am 14. Juli 2006 wurde auf dem ersten **Integrationsgipfel**, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel eingeladen hatte, beschlossen, einen Nationalen Integrationsplan zu erstellen. Fast 300 Vertreter von Bund, Ländern, Kommunen und gesellschaftlichen Gruppen wirkten daraufhin bei Beratungen darüber zusammen. Auf dem zweiten Integrationsgipfel am 12. Juli 2007 wurde **der Nationale Integrationsplan vorgestellt** und vereinbart, dass im Laufe des Jahres 2008 eine erste Zwischenbilanz zur Umsetzung gezogen würde. Diese wurde beim dritten Integrationsgipfel am 6. November 2008 in

Bundeskanzlerin und Staatsministerin beim 13. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt



Form des Ersten Fortschrittsberichtes zum Nationalen Integrationsplan vorgelegt. Am **9. März 2021** fand als Abschluss in Form einer virtuellen Konferenz **der 13. Integrationsgipfel** statt. Dabei wurden die letzten Kapitel des „Nationalen Aktionsplans Integration“ vorgestellt, der „der strategische, integrationspolitische Ansatz für die 2020er Jahre“ sein soll (<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/staatsministerin/nationaler-aktionsplan-integration>).

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Integrationsstaatsministerin Annette Widmann-Mauz sprachen mit rund 120 Vertreterinnen und Vertretern aus Bund, Ländern, Kommunen, Migrantenorganisationen, Wirtschaft, Kultur, Medien und Sport (wegen der Infektionseindämmungsvorschriften in Form einer *Online*-Konferenz). Laut Zeitungsbericht sagte Bundeskanzlerin Merkel: „Es ist jetzt sehr viel theoretische Arbeit gemacht worden“. Nun müsse es aber an die Umsetzung gehen. „Vieles von dem, was wir hier machen, muss zur Normalität werden, das ist der Wunsch. Und zwar in der breiten Gesellschaft.“ Die Mehrheitsgesellschaft müsse offen sein und Vielfalt als Bereicherung begreifen, sagte sie, ohne die Pflichtformel konservativen Politiker-Sprechers zu vergessen, es bedürfe aber auch der Bereitschaft von Menschen „etwa mit Migrationshintergrund“, sich einzubringen.

NATIONALER AKTIONSPLAN INTEGRATION

Strategisch und systematisch setzt der Nationale Aktionsplan Integration darauf, dass alle in Deutschland faire Chancen haben und diese ergreifen. Das stärkt jede Einzelne und jeden Einzelnen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Die Bundesregierung hat den Aktionsplan gemeinsam mit über 300 Partnerinnen und Partnern aus Ländern, Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft erarbeitet. Entstanden sind über 100 Maßnahmen. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat den Prozess koordiniert.



Übersicht der Maßnahmen und der verantwortlichen Institutionen PHASE II: Erstintegration

Sprachförderung (BMI)

- Digitaloffensive: Konsolidierung der im Rahmen der Covid-19-Pandemie eingeführten digitalen Formate und Ausbau der digitalen Lernangebote [BAMF]
- Einführung eines Kurses mit langsamer Progression im Rahmen des Integrationskurses und Entwicklung eines neuen Einstufungstests u.a. zur frühzeitigen Identifizierung von Langsamlernenden [BAMF]
- Förderungen von informellen Sprachangeboten: Modellprojekt „SwaF Verein(t) - Gemeinsam Wir“ [BAMF]
- Entwicklung und Einführung innovativer Zertifikatsprüfungen für die Berufssprachkurse [BAMF]

Beratungsangebote (BMI)

- Entwicklung und Aufbau einer Denkwerkstatt zur Online-Beratung im Rahmen des Projektes DigIt* [BAG Evangelische Jugendsozialarbeit / Servicebüro Jugendmigrationsdienste (AMiJ)-gefördert (Federführung BMFSF)]
- mbeon – Online-Beratung als Regelangebot [BAMF]
- Modellprojekt mit dem Verband für Interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity (ViW) zur Erprobung lokaler Kooperationsformate von MBE und Migrant*innenorganisationen [BAMF]
- Ausbau und Vernetzung der Beratungsangebote von Bund und Länder [BAMF]

Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen als Einstieg in den Arbeitsmarkt (BMBF)

- Anerkennungszuschuss (F-bb) (Förderung BMBF)
- Runder Tisch Anerkennung (BMBF/BIBB)
- Zentrale Servicestelle Berufsanerkennung [BMAS/BA/BMBF (Finanzierung)]
- Prozesskette zur Einwanderung [BMG]

Bildung und Ausbildung als Grundlage gelingender Integration und Teilhabe (BMBF)

- Bund-Länder-Initiative: „Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)“ [BMBF]
- Neue Förderperiode der Bund-Länderinitiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ [BMBF]
- Fortsetzung der DAAD-Hochschulprogramme für Flüchtlinge [BMBF]
- Neues Dialogformat auf Bundesebene „Integration durch Bildung“ [BMBF]

* Bundesinitiativ für Berufshilfe

Übersicht der Maßnahmen und der verantwortlichen Institutionen

PHASE I: Vor der Zuwanderung

Informations- und Aufklärungsangebote (AA)

- Vernetzung der Angebote und Akteure - Handbook Germany und Rumors about Germany [AA/NdM]
- Evaluierung der Plattform „Mein Weg nach Deutschland“ [Goethe Institut]
- Pilotprojekt: Virtueller Infochat für Flüchtlinge in Erstaufnahmelandern und Transitzentren [IOM/AA]
- Digitale Wegweiser: Verzahnung von BAMF und Plattform „Make it in Germany“ [BAMF]

Werbestrategien zur Gewinnung von Fachkräften (BMWi/BMAS)

- Strategie zur gezielten Gewinnung von Fachkräften aus Drittstaaten [BMWi]
- Kommunikation und Werbung ausbauen [BMWi]
- Mittels Bedarfsanalyse inländische Bedarfe an Fachkräften aus Drittstaaten erkennen [BA/KOFA]
- Mittels Potenzialanalyse Potenziale für die Fachkräftegewinnung in Drittstaaten erkennen [BA]
- Informationsangebot bündeln und Beratungs- und Dienstleistungsangebote für interessierte Fachkräfte ausbauen [BA/BAMF]
- Beratungs- und Dienstleistungsangebote für Arbeitgeber ausbauen [BMWi/BA]

Vorintegrationsangebote (AA/IntB)

- Optimierung und Skalierung der bestehenden Angebote der Vorintegration von Erwerbsmigrantinnen und migranten auf Basis einer Studie des Goethe-Instituts [Goethe Institut]
- Pilotprojekte zur Vorintegration zum Ehegatten-/Familiennachzug aus der Türkei [TGD*/FÖTED*/VDSH* (Förderung IntB)]
- Pilotprojekt zur Weiterentwicklung der Vorintegrationsmaßnahmen im Resettlement und in der humanitären Aufnahme [IOM]
- Unterstützung der Vorintegration von EU-Bürgern/innen durch Migrationsberatung [IntB]
- Pilotprojekt zur Stärkung von Beratungsangeboten zur Vorintegration und deren Anbindung an Migrationsberatung in Deutschland [Diakonie (Förderung IntB)]

Sprachkurse im Herkunftsland (AA)

- Verzahnung der Sprachkurse im Herkunftsland mit den Sprachkursangeboten in Deutschland und Überbrücken der „Wartephasen“ [BAMF/Goethe Institut]
- Ausbildung von Deutschlehrkräften im Ausland vorantreiben [Goethe Institut]
- Betreuungsinitiative Deutsche Auslands- und Partnerschulen (BIDS) zur Vorbereitung auf Studium in Deutschland stärken [DAAD]
- Deutsch als Fremdsprache im öffentlichen Schulsystem der Gastländer stärken [AA/Goethe Institut/DAAD/PAD*]

Migration und Entwicklungszusammenarbeit (BMZ)

- Erweiterung des Forums „Migration für Entwicklung“ [BMZ/GIZ]
- Stärkere Einbindung von rückkehrenden Fachkräften und Diasporaorganisationen in die Migrationsberatung [BMZ/GIZ]
- Stärkung der Kapazitäten zur Steuerung von Arbeitsmigration und -mobilität zwischen Nordafrika und Europa [BMZ/GIZ]
- Förderung von kommunalen Partnerschaften für Migration und Entwicklung [BMZ/SKEW*/Engagement Global]
- Praxisorientierte Forschung zu Arbeits- und Ausbildungsintegration [BMZ/GIZ]

* Neue Deutsche Medienmacher*innen, *Kommunitarisierung Fachkräfteplanung am Institut der Wirtschaft in Köln, *Türkische Gemeinde in Deutschland, *Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland, *Verband Deutsch-Sprachliche Hilfswesen, *Die Pädagogische Arbeitsgemeinschaft der KMK, *Servicebüro Kommunen in der Ersten Welt

Übersicht der Maßnahmen und der verantwortlichen Institutionen

PHASE III: Eingliederung

Integration in den Arbeitsmarkt (BMAS)

- Spezielle Auszubildendenkurse im Rahmen der Deutschsprachigförderverordnung (DeuFöV) [BAMF]
- Ausbau der Zugänglichkeit von Informationsangeboten [BA]
- Intensivierung des Austausches und der Kooperation zwischen Beratungsstellen und Finanzkontrolle Schwarzarbeit durch institutionalisierte Dialogformate [BMAS]
- ESF-Programm zur Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund (einschließlich geflüchteter Frauen) am Arbeitsmarkt [BMAS]
- Einrichtung von „Regionalen Koordinationsstellen Fachkräfteeinwanderung“ im Förderprogramm Integration durch Qualifizierung (IQ) in jedem Bundesland [BMAS]

Zugänge und Teilhabe sichern: Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an (BMFSFJ)

- Fortsetzung des Bundesprogramms „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ [BMFSFJ]
- Qualifizierte Fachkräfte für die frühe Bildung gewinnen und fördern sowie den Ansatz der vorurteilsbewussten, antiskliminierenden und antirassistischen Bildung, Betreuung und Erziehung in der Aus- und Weiterbildung festschreiben [BMFSFJ]
- Teilhabe von Familien durch niedrigschwellige Beratungs- und Beteiligungsangebote stärken (Kommunen/Migrant*innenorganisationen)
- Vorurteilsbewusste Pädagogik als Qualitätsmerkmal in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung verankern [BMFSFJ]
- Sprachliche Bildung als Qualitätsmerkmal in der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung verankern [BMFSFJ]

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt als Scharnier der Teilhabe (BMFSFJ)

- Projekt „BFD für alle – Interkulturelle Öffnung des Bundesfreiwilligendienstes“ [TGD*]
- „JEM – Jungendliches Engagement in Migrant*innenorganisationen“ [DJO* (Förderung IntB)]
- Ausweitung der „Houses of Resources“ (HoR) [BAMF]
- Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“ [BMFSFJ]
- VAMOS – Verbandsakademie für Migrant*innenorganisationen [BAMF]

Integration vor Ort (BMI/IntB)

- Kommunale Arbeitshilfe „Integration vor Ort“ [BMI/BBSR]
- KommPaktiv – Kommunale Integrationsbeiräte qualifizieren, Demokratie stärken [BZH]
- Modellprojekt „Weltoffene Kommune – vom Dialog zum Zusammenhalt“ [PHINEO gAG/Bertelsmann Stiftung (Förderung IntB)]
- Kommunales Integrationsmonitoring: Begleitung und Erprobung der Indikatorenanwendung – Indikatorenset 2.0 [Difu*]
- Forschungsprojekt zu kommunalen Narrativen in der Integrationsarbeit [BMI/BBSR]
- Projektvorhaben „Hand in Hand – Innovative Lösungen zum Datenmanagement in der lokalen Integrationsarbeit“ [MPRG* der Stiftung Universität Hildesheim/Robert Bosch Stiftung GmbH (Förderung IntB)]

Besondere Herausforderungen in ländlichen Räumen (BMEL)

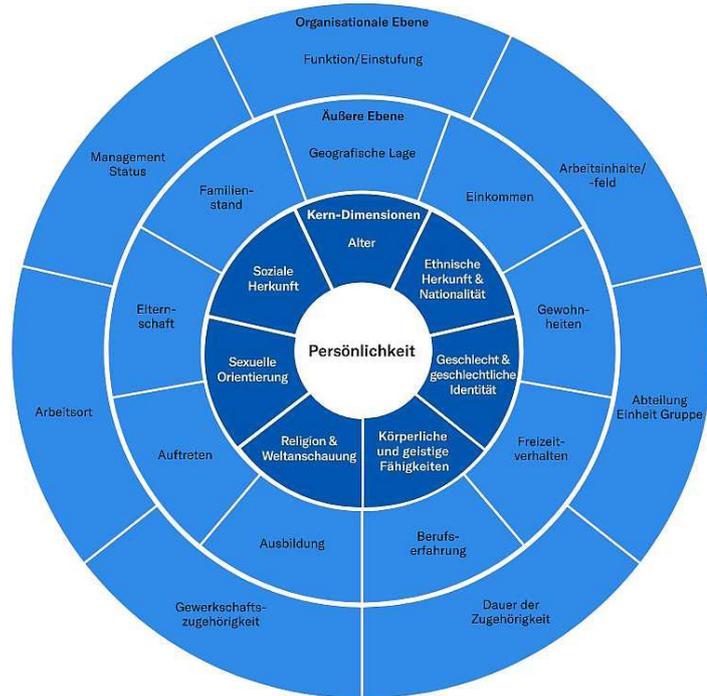
- Verbundforschungsprojekt „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ [Thünen-Institut/ILU Chemnitz/Universität Hildesheim/FAU Erlangen-Nürnberg]
- Aktualisierung des Kartenmaterials zu Integrationspotenzialen [Thünen-Institut]
- Förderung von Forschungsvorhaben zu ehrenamtlichem Engagement in ländlichen Räumen [BMEL/BL]
- Berücksichtigung der Haltefaktoren in ländlichen Räumen bei der Evaluierung der Wohnsituation [BMEL/BMI]
- Digitale Infomappe zur Verbesserung von Information und Berichterstattung über Integration in ländlichen Räumen [BMEL]

* Türkische Gemeinde in Deutschland, *Deutsche Jugend in Europa, *Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, *Bundeskanzleramt und Integrationsrat, *Deutsches Institut für Statistik, *Migration Policy Research Group

**Umstrittenes Theorie-Konstrukt:
„Rad der Vielfalt“**

Vielfaltsdimensionen

Wenn sich Organisationen entscheiden, Vielfalt umfassend zu stärken und zu pflegen, benötigen sie eine Grundlage, auf der ihr Diversity Management aufbauen kann. Ein vierstufiges Modell hilft uns, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Menschen einer Organisation zu erfassen. Mit ihm lassen sich unterschiedliche Faktoren – sprich: Dimensionen – greifbar machen.



Erfahrungsaustausch und das Wissensmanagement der Verwaltungspraxis zu verbessern, damit mehr Menschen den Schritt der Einbürgerung gehen.

Als Leuchtturm für „Phase 5“ dient natürlich auch das *Diversity Management* in der Wirtschaft. Als theoretisch unterlegtes Modell zur Erfassung der „Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Menschen“ wird das uralt-bekanntes **„Rad der Vielfalt“** von Anfang der 1990er Jahre (Gardenswartz / Rowe) vorgeführt, welches in der interkulturellen Wirtschaftskommunikation immer noch zum „legitimen Wissen“ gehört, durch postkoloniale Theoriebildung aber längst überholt ist:

In der deutschen Wirtschaft setzen bereits viele Unternehmen ganz gezielt auf Diversity Management. Über 3 800 Unternehmen und Institutionen mit mehr als 14 Millionen Beschäftigten haben beispielsweise die Charta der Vielfalt¹ unterzeichnet. [...] Im Nationalen Aktionsplan Integration stärkt die Bundesregierung diesen Weg, etwa mit

- dem neuen Austauschforum Business meets Diversity, das Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter sowie Migrantinnen- und Migrantenorganisationen zusammenbringt,

oder den

- Integrationscouts vom Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“² bei dem

Auszubildende mit und ohne Flucht- oder Einwanderungsgeschichte in ihren Ausbildungsbetrieben eine diverse Nachwuchsgewinnung unterstützen.

Passend zum Integrationsgipfel hat der *Sachverständigenrat für Integration (SVR) (Berlin)* eine Studie zu politischer Partizipation und zivilgesellschaftlichem Engagement von Menschen mit „Migrationshintergrund“ vom Dezember 2020 vorgelegt („Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie?“; https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2021/03/SVR-FB_Studie_Be-Part.pdf).

Nach so ausgedehnter Vorbereitung kann es nun wirklich an die Umsetzung gehen.

Quellen: dpa / Berliner Zeitung (10.3.2021, S.14); <https://www.charta-der-vielfalt.de/>; <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/staatsministerin/faire-chancen-fuer-alle-nationaler-aktionsplan-setzt-auf-integration-von-anfang-an-1875928> (Photo); <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/staatsministerin/nationaler-aktionsplan-integration> (Graphik); <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/aktionsplan-integration-1850112> (Zitate); s.a.: <https://www.nationaler-aktionsplan-integration.de/napi-de/aktionsplan>

¹ Vgl. <https://www.charta-der-vielfalt.de/>

² Vgl. <https://www.unternehmen-integrieren-fluechtlinge.de/>

R. Religion

R1/2021-1_2 Religion in Jordanien

Gastbeitrag von Rund Sunna

Jordanien ist ein islamisches Land. Etwa 93 % der Bevölkerung sind Muslime, überwiegend Sunniten. Christen machen etwa 6 % der Bevölkerung aus, schätzungsweise 600 000 Menschen.¹ Mehr als die Hälfte sind griechisch-orthodox; aber einige sind römisch-katholisch, syrisch-orthodox, armenisch-orthodox oder protestantisch. Städte mit einer Mehrheit von Christen sind Al-Fuheis in der Mitte Jordaniens und Al-Husn im Norden. Die meisten Christen leben jedoch in Amman, Al-Karak und Madaba.

Noch in den 1930er Jahren machten die Christen etwa 20 % der jordanischen Bevölkerung aus, heute nur noch etwa 6 % der Bevölkerung. Dieser Rückgang ist auf den Rückgang der Geburtenrate unter Christen und einen Anstieg der Geburtenrate unter Muslimen zurückzuführen. Er wurde auch durch eine wachsende Zahl der Muslime beeinflusst, die nach Jordanien einwanderten, während viele jordanische Christen nach dem Beginn der ISIS-Aktionen im Nahen Osten aus Jordanien auswanderten.

Es gibt keine Diskriminierung zwischen den beiden Religionen. Im Allgemeinen leben Muslime und Christen ohne größere Probleme in Harmonie miteinander. Obwohl Muslime und Christen nicht heiraten können, sind sie dennoch Freunde, Nachbarn, Klassenkameraden. Wenn es um Christen geht, so heiraten die verschiedenen Denominationen ohne weiteres untereinander.

Religiöse Feiertage in Jordanien

Viele islamische Feiertage sind in Jordanien Nationalfeiertage, das heißt, dass man nicht zur Arbeit oder Schule geht. Zum Beispiel sind die beiden islamischen Feiertage Fitr und Adha, das islamische Neujahr und der Geburtstag des Propheten Nationalfeiertage.

Der Fastenmonat Ramadan ist für Muslime auf der ganzen Welt ein wichtiger Monat. Jordanien feiert den Ramadan mit Lichtern, deren Schein die Straßen und Häuser erfüllt. Jeder in Jordanien, ungeachtet seiner Religion, wird bestätigen, wie schön

die Innenstadt während des Ramadans aussieht. Das Essen in der Öffentlichkeit ist während des Ramadans nicht erlaubt². Die meisten Restaurants sind vor Iftar (dem Fastenbrechen bei Sonnenuntergang) geschlossen, und nach Iftar beginnt das Leben; alle sind unterwegs, entweder zum Essen oder zum Einkaufen und Spaßhaben. Einige Geschäfte ändern sogar ihre Öffnungszeiten und sind die meiste Zeit des Tages geschlossen, aber die ganze Nacht geöffnet.

Was die Christen angeht, so ist der erste Weihnachtstag ein Nationalfeiertag. Am zweiten Weihnachtstag (wie auch Ostern) haben nur Christen das Recht, bezahlten Urlaub zu nehmen, ohne ihre normalen Urlaubstage zu verwenden. Sie können aber den Tag auch freiwillig als Arbeitstag nutzen.³ Anderen Religionen stehen keine Feiertage zu.

Die öffentlichen Schulen und die meisten Privatschulen haben nur die Nationalfeiertage als Urlaubstage. Wenn Muslime in eine christliche Schule gehen, dann haben sie auch die christlichen Feiertage. Christliche Privatschulen geben an allen Nationalfeiertagen und christlichen Feiertagen Urlaub.

Im Gesetz

In Jordanien herrscht Religionsfreiheit in dem Sinne, wie es die Verfassung formuliert, nämlich die Riten der eigenen Religion und des eigenen Glaubens in Übereinstimmung mit den im Königreich geltenden Bräuchen zu praktizieren, sofern sie nicht gegen die öffentliche „Ordnung oder Moral“ verstoßen. Die Verfassung erklärt, was öffentliche Ordnung und Moral ist. Verboten sind z.B. Sekten wie Satanisten, weil sie gegen die öffentliche Ordnung und Moral eingestellt sind. Gemäß der Verfassung ist der Islam Staatsreligion, und der König muss Muslim sein.

Da es verboten ist, vom Islam zu konvertieren oder Muslime zu missionieren, darf man andere Personen nicht zum Kircheneintritt auffordern. Man darf muslimische Freunde und Bekannte, die die Kirche besuchen wollen, natürlich zu einem Besuch einladen. Ungeschriebene Regel ist es, Kirchen und Moscheen mit dezenter Kleidung zu betreten.

¹ <http://www.jordanembassyus.org/page/culture-and-religion#:~:text=A%20majority%20of%20Jordanians%20are,with%201%25%20representing%20other%20religions.> (15.04.2021, 10:30)

² Artikel 274 des jordanischen Strafgesetzbuches Nr. 16 von 1960

³ <https://www.timeanddate.com/holidays/jordan/> (16.04.2021, 11:00)

Das jordanische Recht basiert nicht auf der islamischen Scharia, sondern auf osmanischen Gesetzen, die von den Franzosen beeinflusst wurden.⁴ Das heißt: Dem Dieb wird nicht die Hand abgehackt, und der Mörder wird nicht hingerichtet.

Jordanien hat drei Gerichtssysteme: Zivilgerichte, Militärgerichte und Religiöse Gerichte. Religiöse Gerichte sind für alle Familienangelegenheiten, Heirat, Scheidung und das Sorgerecht zuständig, sowohl für Muslime als auch für Christen. Innerhalb dieser religiösen Gerichtsbarkeit gibt es eine spezielle Abteilung für Christen, das „Kirchengericht“.

Jordanien erlaubt keine zivilen Eheschließungen; daher werden sie auch nicht vor Zivilgerichten vollzogen. In allen familienrechtlichen Angelegenheiten, die Muslime oder die Kinder eines muslimischen Vaters betreffen, werden islamische Rechtsgrundsätze angewandt.

Alle Bürger, auch Nicht-Muslime, unterliegen den islamischen Rechtsbestimmungen in Erbangelegenheiten. In Fällen, in denen ein Muslim zum Christentum konvertiert, erkennen die Behörden die Konversion nicht als rechtmäßig an, und die Person wird in Familien- und Eigentumsangelegenheiten weiterhin als Muslim behandelt.⁵

Es gibt einige religiöse Denominationen bzw. Glaubensgemeinschaften, die von der jordanischen Regierung nicht anerkannt werden, so etwa z.B. die Bahá'í-Religion und die Anglikanische Kirche.⁶ Jordanien erkennt das Christentum an, aber man unterscheidet die verschiedenen Kirchen nach ihrem Alter – wenn sie alt sind, sind sie gut. Denn wenn Kirchen eine lange Tradition haben, gelten sie als verehrungswürdig. Die Kirchen, die nicht über so eine lange Tradition verfügen, betrachtet der Staat als „neue Kirchen“. Darunter fallen die Anglikanische Kirche, die Baptisten, die Protestanten u. a.



Das Repräsentantenhaus des jordanischen Parlaments hat 130 Sitze; neun davon sind für christliche Abgeordnete als Quotensitze reserviert.⁷ Die Parlamentswahlen in Jordanien erfolgen pro Wahlkreis, und der Kreis mit mehr Christen erhält mehr christliche Quotensitze⁸; z.B. hat der Wahlkreis in Al-Karak zwei Christen Quotensitze, während es für Christen in Ma'an keine Quotensitze gibt, da dort nicht viele Christen leben.⁹

Die Gesellschaft der Muslimbrüder – die Muslimbruderschaft –, gilt als politische Partei und nicht als religiöse Gruppe. Sie versuchen, sich bei allem einzumischen, zu allem etwas zu sagen; aber Jordanien geht mit ihnen so um, dass sie eingeschränkt werden. Heutzutage sind sie weniger präsent als früher.

Terroristische Anschläge sind sehr selten; und der jordanische Staat tut alles, sie zu verhindern. Die beiden letzten und denkwürdigsten Anschläge sind die Bombenanschläge auf drei Hotels in Amman

Seite an Seite:
König-Abdulla-Moschee
und Koptische Kirche
in Al-Abdali in Amman

⁷ https://en.wikiversity.org/wiki/Comparative_law_and_justice/Jordan#:~:text=Jordan%20has%20three%20court%20systems,courts%20deal%20with%20criminal%20cases (30.04.2021, 11:00)

⁸ Die Kandidaten für die jedem Wahlkreis zugewiesenen Parlamentssitze werden durch ein verhältnismäßiges offenes Listensystem bestimmt. Die Wählerinnen und Wähler wählen zunächst nur eine der nominierten Listen (Parteien) und geben dann ihre Stimmen zusätzlich für einen oder mehrere Kandidaten dieser Liste ab. Die Wählerinnen und Wähler können ihre Stimmen der Kandidatin oder dem Kandidaten geben unabhängig von Religion oder Geschlecht.

⁹ Vgl. Gesetz über die Wahl des Abgeordnetenhauses – Gesetz Nr. (6) von 2016

⁴ Siehe: Shahd Hammouri, Borrowing is easier than thinking: legal transplants and the case of the Jordanian constitutional court, in: Comparative Constitutional Review, 2016, Seite 1-16 (https://www.academia.edu/30424512/Borrowing_is_easier_than_thinking_Legal_transplants_and_the_case_of_the_Jordanian_constitutional_court) (30.04.2021, 11:00)).

⁵ https://en.wikipedia.org/wiki/Freedom_of_religion_in_Jordan (16.04.2021, 13:35)

⁶ https://en.wikipedia.org/wiki/Religion_in_Jordan (15.04.2021, 10:30)

am Abend des 9. November 2005, zu denen sich Al-Qaida im Irak bekannte, und die Anschläge in der Burg Al-Karak im Jahr 2016, die von ISIS verübt wurden. Es gab christliche und muslimische Jordanier in den USA, die 2001 zu den Opfern in den Türmen des *World Trade Center* gehörten. Jordanien hat diesen Terrorakt nicht als etwas behandelt, das mit einer bestimmten Religion zu tun hat, sondern als normales Verbrechen.

Im Alltag

Muslime und Christen leben, wie gesagt, in Harmonie in einer stark vom Islam geprägten Kultur. Das wirkt sich auf viele Bereiche des Alltags aus,

natürlich auch auf Essen und Trinken. Schweinefleisch und Alkohol sind im Islam bekanntermaßen nicht erlaubt. Daher werden sie auch nicht in Supermärkten verkauft. Es gibt allerdings Spirituosengeschäfte in Jordanien, die Alkohol an Personen über 18 Jahren verkaufen; aber diese Geschäfte müssen im Besitz einer christlichen Person sein. Alkohol wird auch in Hotels und Restaurants ausgeschenkt, wenn sie dafür eine Lizenz haben.¹⁰

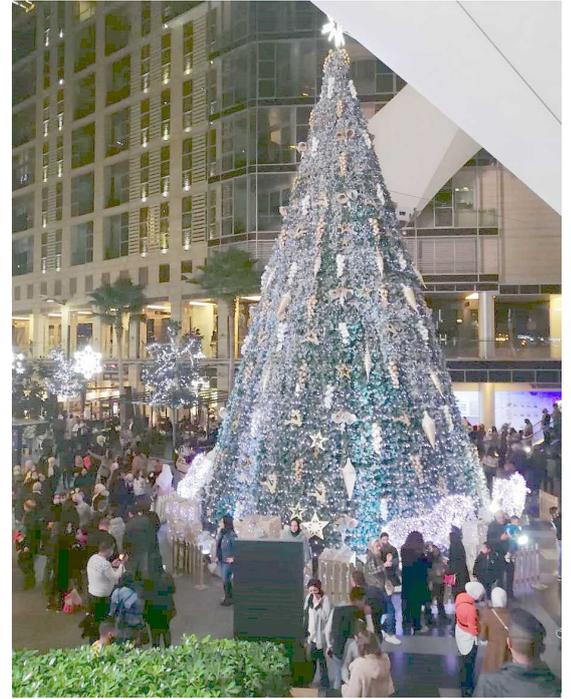
Da alle Lebensmittel in Jordanien *halal* sind (d.h., von Muslimen gegessen werden dürfen), gibt es nur sehr wenige Orte, die Schweinefleisch verkaufen, und das ist dann teuer.

In der Schule

Der Lehrplan der Schulen in Jordanien beinhaltet Religionsunterricht. In den öffentlichen Schulen und den meisten Privatschulen ist die Religion, die dort unterrichtet wird, der Islam. Allerdings gehen die meisten Christen auf christliche Privatschulen. Dort sind Muslime willkommen. Beim Religionsunterricht werden die Klassen getrennt. So werden also in christlichen Privatschulen die Muslime im Islam und die Christen im Christentum unterrichtet.



Innenstadt von Amman während des Ramadans



Weihnachten auf dem „Boulevard“ in Amman

Kleidung

Die meisten muslimischen Frauen in Jordanien tragen einen Hidschab, also ein Kopftuch. Das Tragen eines Hidschabs ist nicht gesetzlich vorgeschrieben. In der Öffentlichkeit tragen Musliminnen, die keinen Hidschab tragen, und Christinnen dezente Kleidung.

Kirchen und Moscheen

Jeder hört den Gebetsruf aus den Moscheen, fünfmal am Tag. Und wenn man in der Nähe einer Kirche wohnt, kann man auch die Kirchenglocken mehrmals in der Woche hören.

Kirchen sind normalerweise auffällige, große Gebäude mit weißer Steinfassade, mit Kreuzen auf den Glockentürmen und der Kuppel. In Städten wird man häufig finden, dass Kirchen und Moscheen durchaus nebeneinander stehen.

Freizeit und Unterhaltung

Freitag und Samstag sind in Jordanien Wochenende. Aber trotzdem - Geschäfte sind geöffnet, und Lärm macht man nicht weniger. Es gibt Geschäfte, die erst nach dem Freitagsgebet öffnen. Am Sonntag haben Christen zwei Stunden arbeitsfrei, wenn sie in die Kirche gehen und erst später zur Arbeit kommen können. Es gibt kirchliche Pfadfinder in Jordanien. Sie gehören zur Kirche. Fast jede Kirche in Jordanien hat ihre eigene Pfadfindergruppe. Sie

¹⁰ Vgl. Gesetz über jordanische Touristenrestaurants Nr. 32 von 2018

helfen bei der Organisation, haben Ordnerdienst und machen Platzeinweisung bei kirchlichen Veranstaltungen oder Freizeiten. Sie gehen auch zelten, entweder mit der Gemeinde oder anderen christlichen Gruppen. Diese Zeltlager beinhalten Gebete und Vorträge.

Als Jordanierin und Christin habe ich ein normales christliches Leben geführt. Ich bin in die Kirche gegangen und habe die Feiertage gefeiert. Ich bin auch auf eine christliche Schule gegangen und habe dort viele christliche und muslimische Freunde kennengelernt. Ich hatte nicht das Gefühl, fremd zu sein oder nicht hierher zu gehören, nur weil ich als Christin in einem muslimischen Land geboren wurde. Jordanien ist für mich Heimat.



Griechisch-Orthodoxe Kirche in Sweifeyeh,
einem Bezirk von Amman

Weitere Quellen

https://www.academia.edu/30424512/Borrowing_is_easier_than_thinking_Legal_transplants_and_the_case_of_the_Jordanian_constitutional_court
(30.04.2021, 11:00)

Artikel 274 des jordanischen Strafgesetzbuches
Nr. 16 von 1960

Bilder: Privat

Christliche Andacht mit
jungen Menschen auf
einem Berg in Gilead,
einem Stadtteil der Stadt
As-Salt (Camp in Gilead)



R

W. Welt- innen- politik

W1/2021-1_2 **Deutsche und Russen I**

Obwohl die Sowjetarmee einen großen Teil des ehemaligen Deutschen Reichs bis zur Elbe vom Nationalsozialismus befreit hatte, wurde sie während des Kalten Krieges der Hauptgegner aus westlicher Sicht. Seitdem blieb das Verhältnis zwischen Russen bzw. Russland und Deutschen bzw. der Bundesrepublik, teils auch der DDR, belastet, freundlich nur in einer kurzen Zeitspanne während der Wiedervereinigung aufgrund des guten Ansehens von Gorbatschow. Es war und ist ein Musterbeispiel für die Entstehung und das diskontinuierliche **Fortwirken von Feindbildern**.

Das artikuliert deutlich der einstige Ministerpräsident Brandenburgs und Chef des *Deutsch-Russischen Forums* e.V. in einem Interview mit Katrin Bischoff in der *Berliner Zeitung* unter der Überschrift „Unser Feindbild ist gefestigt“. Der Anlass war die Ignorierung des von russischen Forschern entwickelten Impfstoffs gegen das Corona-Virus durch Deutschland.

Herr Platzeck, warum ist der Impfstoff „SputnikV“ so verpönt?

Ich denke, weil er aus Russland kommt. Russland ist in der Meinung einer bestimmten Öffentlichkeit per se das Böse oder im besten Fall wird sein Innovationspotenzial als moderne Wirtschaftsnation unterschätzt.

Woran liegt das?

Unser **Feindbild** ist ebenso gefestigt wie unsere **Überheblichkeit**, und das bezieht eben den Impfstoff SputnikV mit ein. [...] Wir haben keinen

Ost-West-Gegensatz im klassischen, ideologischen Kalten-Krieg-Sinn mehr. Aber die Gräben sind mittlerweile wieder sehr tief. Und dann dürfen Sie nicht vergessen, dass sich durch die Impfstoffproduktion **Milliardenmärkte** auf tun. Das ist fast schon mit Rüstungsmärkten vergleichbar, wo auch mit harten Bandagen gekämpft wird. Wer da den Fuß in die Tür bekommt, der macht Riesengewinne. Und Russland soll dabei nicht mitspielen. [...]

Aber ist das Misstrauen gegenüber SputnikV nicht berechtigt? Schließlich wurde der Impfstoff ohne die Testphase HI in Russland zugelassen.

Die Russen sind keine Meister der Kommunikation. Putin hat nach der zweiten Testphase von SputnikV im vorigen August verkündet, Russland habe einen Impfstoff. Er sei nicht zugelassen, sondern nur registriert worden. Trotzdem wurde mit dem Impfen begonnen. Wir im Westen haben das sofort als „**typisch russisch**“ definiert. [...]

Hätte sich Russland mit der Anerkennung des Impfstoffs nicht einen Gefallen getan, wenn SputnikV auch noch die dritte Testphase absolviert hätte?

Natürlich war Russland voreilig. Wir waren im August noch von unserem eigenen Reinheitsgebot überzeugt. Das hat zu einer – man könnte fast sagen - Verteufelung von Sputnik geführt. In den ersten Wochen konnte man den Eindruck haben, jedem, der in Russland geimpft wird, müsste sofort der Arm abfallen. [...] Ich bin sehr für ein gründliches Herangehen. Aber es gibt mittlerweile auch in den westlichen Staaten Notzulassungen, weil die Not zu groß und die Menge an Vakzinen zu klein



war. Da hat man dann auch nicht mehr auf jeden einzelnen Schritt geachtet, sondern den Impfstoff schon mal schneller herausgegeben. Die Briten haben das zum Beispiel gemacht. [...]

Stimmt der Eindruck, dass sich Wissenschaftler aus Russland und Deutschland, im Gegensatz zu den Politikern, gut verstehen?

Der Eindruck trügt nicht. Überall dort, wo Fachleute zusammensitzen, wird deutlich, welch enormes Wissenspotenzial in unseren Gesellschaften steckt. **Stereotypen haben dort keinen Platz.** Aus Sicht unseres Deutsch-Russischen Forums gilt das ganz besonders für vieles, was sich im zivilgesellschaftlichen Dialog positiv bewegt: in Kultur, Wissenschaft, Hochschulen und bei den Städtepartnerschaften.

Und wie sieht es in der Politik aus?

Da herrscht eine Eiszeit, wie ich sie in den vergangenen 30 Jahren nicht mehr erlebt habe. Wir stehen im Moment vor einem kompletten Scherbenhaufen. [...]

Warum ist das so?

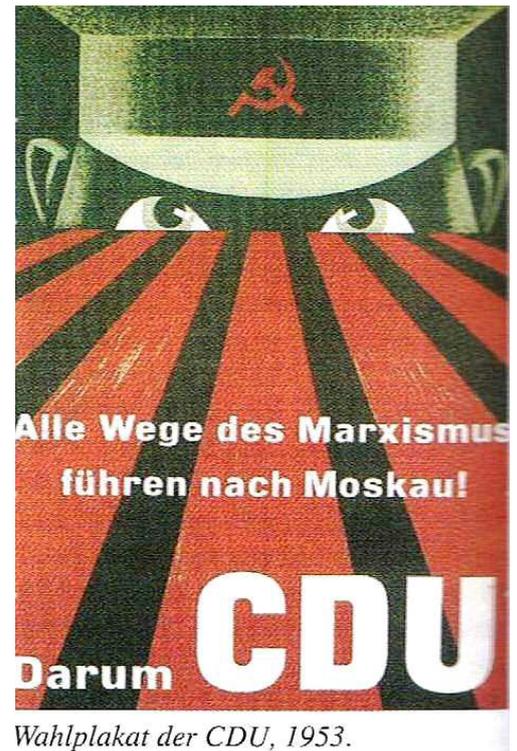
Russland hat wohl im Moment genug von uns und unseren permanenten Vorwürfen und einer Welt der Doppelstandards. Politisch haben wir immer diesen erhobenen Zeigefinger, wir wissen alles besser, wir wissen genau, wie es geht, und die Welt

darf nur so organisiert sein, wie wir es für richtig halten. Ich finde unsere Werte in Ordnung, dass wir sie leben und verteidigen. Wir sollten sie anderen aber besser vorleben. Wir alle in Europa spüren gerade, dass Überheblichkeit nicht am Platz ist und um wirtschaftliche Stabilität wie Demokratie und Menschenrechte global jeden Tag gerungen werden muss.

Dann müssen wir Lawrows scharfe Äußerungen gegenüber der EU hinnehmen?

Ich kann durchaus nachvollziehen, dass er sagt, wir müssen irgendwann mal zwischen uns klären, was wir voneinander wollen. Russland ist für mich keine Demokratie. Aber wir sind Nachbarn. [...] Deshalb plädiere ich dafür, dass wir Wege, Mittel und Möglichkeiten einer friedlichen Koexistenz finden, die perspektivisch wieder Aspekte der Partnerschaft in sich trägt. Und wir brauchen endlich eine Sicherheitsarchitektur auf Augenhöhe.

Quelle: Berliner Zeitung (19.2.2021), S. 4



Wahlplakat der CDU, 1953.

W2/2021-1_2 **Russen und Deutsche II**

Das Feindbild Russland war nach 1945 nur während der kurzen Zeitspanne, wo Gorbatschow die Herzen in Deutschland eroberte, außer Betrieb. Mit der Wiedervereinigung verging es nicht. In einem Gespräch, das zwei Redakteure der *Berliner Zeitung* (Anja Reich und Steffen Uhlmann) Ende Juli 2021 mit HANS MODROW führten, ging es um seine Einstellungen zu bundesdeutscher Politik vor, während und nach der Wiedervereinigung und die Wahrnehmung des Westens durch einen Politiker, der ein Symbol für **das antagonistische Gegenbild der westdeutschen Republik** verkörperte. Modrow, Jg. 1928, war Erster Sekretär der Bezirksleitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bezirk Dresden und während des

Wiedervereinigungsprozesses vom **13.11.1989 bis 12.4.1990** der letzte Vorsitzende des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik und Regierungschef gewesen. Im letzten Teil des Interviews ging es speziell um das Verhältnis zwischen **Russland und Deutschland**, um die gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Russen.

Frage: Und wie Sie vom Westen behandelt wurden, von KOHL, war das demütigend?

M: Nein, denn er musste mich akzeptieren. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Der **Abzug der russischen Truppen aus Deutschland**. Jelzin und Kohl vereinbarten die Verabschiedung in Weimar, 1992, 93. Die Russen waren entsetzt, Stabschef Kolesni-

kow sagte zu mir, die Demütigung sei unerträglich. Die Rote Armee habe Weimar nicht befreit, sie sei auch nicht in Buchenwald gewesen, sondern in Berlin, wo die letzte große Schlacht war. Ich habe Kohl im Auswärtigen Ausschuss angesprochen. Und nach 14 Tagen war klar: Die russischen Alliierten werden in Ost-Berlin verabschiedet. Ich habe nie aufgehört, mich mit meinen Möglichkeiten zu engagieren. Aber die überhebliche Haltung gegenüber den Russen ist gleich geblieben. Bis heute. Und das ist die wahre Enttäuschung für mich: Dass ich jetzt in einem Deutschland lebe, das größer geworden ist und in dem ich wieder Furcht vor Krieg habe, weil ich mir nicht hätte vorstellen können, dass die Nato mit ihrem Mitgliedsland **Deutschland wieder an einer Grenze** steht. Das ist für mich das Fatale und das Schicksal meines Lebens.

Frage: Sie meinen die Grenze zu Russland?

M: Ja. Und selbst wenn es sich nur um ein kleines Bundeswehr-Kontingent handelt, so kann ich doch nicht so tun, als korrespondiere dieses Großmanöver nicht mit der seit Jahren betriebenen **Russlandhetze**. Und das im 80. Jahr nach dem Überfall auf die Sowjetunion. Die gleiche Verantwortung, die wir gegenüber den Juden und dem jüdischen Staat wegen des Holocaust demütig wahrnehmen, verdienen auch die Russen und deren Staat. Wir haben mindestens **27 Millionen Bürger der Sowjetunion umgebracht**, die meisten davon waren Russen.

Frage: Sie sind 93. Was soll in der Geschichtsschreibung über Sie gesagt werden?

M: Ich befinde nicht, wie über mein Leben geurteilt wird.

Frage: Haben Sie etwas bereut, haben Sie Fehler gemacht?

M: Niemand ist frei von Fehlern.

Frage: Welche schreiben Sie sich zu?

M: Mein größter war, dass ich mit 17 meinte, mein Vaterland gegen die Rote Armee verteidigen zu müssen. Als ich auf dem Weg ins Lager Tausende Kilometer über „**verbrannte Erde**“ fuhr und sah, was meine Landsleute angerichtet und anderen Völkern angetan hatten, schämte ich mich fast zu Tode.

Frage: Und dass Sie so sehr an das System, den Sozialismus geglaubt haben, mit all die-

sen Widersprüchen, war das kein Fehler?

M: Nein. Da halte ich es mit dem großen deutschen Dichter PETER HACKS, der der Überzeugung war, dass ein **schlechter Sozialismus** immer noch besser sei als ein guter Kapitalismus.

Frage: Hacks ist tot und eine andere Zeit ist längst angebrochen. Wäre die Sache mit dem Sozialismus anders gelaufen, wenn statt Krenz MODROW Honecker gestürzt hätte?

M: Manche Protagonisten denken das noch heute und machen mir immer noch Vorwürfe, dass ich mich in den letzten Monaten der DDR mit offener Kritik zu sehr zurückgehalten habe. Aber ich finde, es ergibt wenig Sinn, jetzt die Geschichte mit Konjunktiven zu versehen. Egon Krenz ist Nachfolger von Honecker geworden - der Ausgang ist bekannt. [...]

Frage: Was treibt Sie in Ihrem Alter noch an, sich mit Geheimdienstakten auseinanderzusetzen und weiter Bücher zu schreiben?

M: Meine Enkel und Urenkel sollen von mir Auskunft über ihre Familie erhalten, über die Geschichte, die mit ihr verbunden ist und welche Rolle ich dabei gespielt habe.

Frage: Das treibt Sie an?

M: Ja, das treibt mich weiter an. Aber auch die Geschichtsklitterung in diesem Lande. Ich will aufzeigen, wer aus meiner Sicht Geschichte klittert. Für die der Staat dann noch 'zig Millionen von Euro ausgibt.

Frage: Sie wollen dagegen anschreiben?

M: Ich bin kein Geschichtsschreiber, sondern ein Zeitzeuge, der Fakten vorlegt. Historiker sollen dann über das urteilen, was ich zu sagen hatte und noch zu sagen haben werde.

Quelle: Berliner Zeitung, Freitag, 30. Juli 2021, S. 3

SSIP/2021-1_2 **Der Vorstand des SSIP ist wieder komplett!**

Am 17. Dezember 2021 fand die jährliche Mitgliederversammlung des SSIP statt. Bedingt durch die geltenden Einschränkungen für Versammlungen und für das Reisen, wurde die Versammlung erstmalig *online (per ZOOM)* durchgeführt. Wenn dieser sozial distanzierteren Form etwas Positives abgewonnen werden kann, dann ist sicherlich der Umstand hervorzuheben, dass zwei Mitglieder aus dem Ausland zugeschaltet werden konnten.

Im Verlauf der Sitzung bestätigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwei bisherige Vorstandsmitglieder und wählten als neues Mitglied Dr. habil. Gerd Ulrich Bauer hinzu. Damit setzt sich der SSIP-Vorstand aktuell wie folgt zusammen:

- Dr. Armin Triebel, Berlin (Vorsitzender)
- Dr. habil. Gerd Ulrich Bauer, Bad Vilbel (Stellvertreter)
- Prof. Dr. Dr. Frieder Ludwig, Stavanger, Norwegen (Stellvertreter)

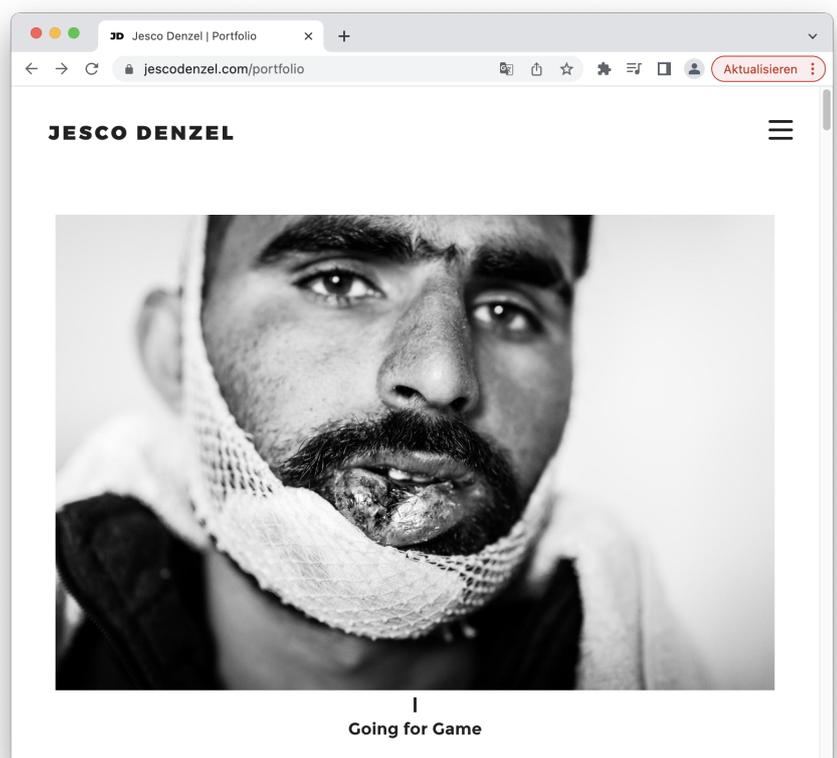
Das Protokoll der Versammlung geht unseren Mitgliedern mit gleicher Post zu.

Errata

Bedauerlicherweise war in einer Teilaufgabe des vorigen Heftes auf Seite 33 (M1/2020-3_4) die Bildunterschrift fehlerhaft. Das Foto zeigt nicht, wie angegeben, den Leiter der Abteilung Kommunikation der Allianz Deutschland AG, sondern den Teilnehmer an der Podiumsdiskussion, Ahmad Mansour.

Die Redaktion dankt dem Fotografen Jesco Denzel herzlich für die Genehmigung zur Verwendung einer Fotografie, die auf dem Titel dieser Ausgabe von „Interkulturell aktuell“ zu sehen ist. Dieses eindruckliche Foto ist der Serie „*Going for Game*“ entnommen, die im Februar 2020 in Bosnien-Herzegowina entstanden ist. Mit ihr portraitiert Jesco Denzel Menschen, die Opfer illegaler „*pushbacks*“ an der EU-Außengrenze wurden, begangen von uniformierten Sicherheitskräften. Diese Vorgänge sind auch Gegenstand des Beitrags E1/2021-1_2 in dieser Ausgabe von „Interkulturell aktuell“ (s. S. 11–16). Die Fotoserie von Jesco Denzel findet sich *online* unter <https://jescodenzel.com/portfolio/going-for-game>

SSIP e.V. Mitglieder- Nachrichten



Bezug von *ika – interkulturell aktuell*

Haben Sie Interesse daran, *ika – interkulturell aktuell* regelmäßig zu lesen, auch ohne dafür eine Vereinsmitgliedschaft abzuschließen? Der SSIP hat auf seiner Mitgliederversammlung 2019 in Heidelberg diese Möglichkeit geschaffen. Entsprechende Anfragen nimmt die Geschäftsführung von SSIP gern entgegen. Sämtliche Kontaktdaten finden Sie im Impressum am Ende dieser Seite.

Hinweis der Redaktion: Der gewohnte Veranstaltungskalender muss wegen der epidemiebedingten Absage aller Veranstaltungen und Zusammenkünfte erneut entfallen.

Impressum

interkulturell aktuell (SSIP-Mitteilungen)

Herausgeber: Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven (SSIP) e.V.

Gesamtleitung: Armin Triebel, Berlin
Layout und Gestaltung: Gerd Ulrich Bauer,
Bad Vilbel

Die *ika – interkulturell aktuell* (SSIP-Mitteilungen) können Sie für einen Kostenbeitrag von 40,- € pro Jahr abonnieren. Die Mitgliedschaft im *Sozialwissenschaftlichen Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven* e. V. in Höhe von jährlich 50,- € schließt das Abonnement ein. *ika – interkulturell aktuell* wird nach Wunsch als pdf-Datei oder als Druckausgabe verschickt.

© SSIP, 2021. Bitte zitieren Sie mit der Quellenangabe „SSIP-IKA“. – ISSN 2567-5907

Autorenkürzel:

AT Armin Triebel | GUB Gerd Ulrich Bauer |
JG Juliane Ganzel

Geschäftsstelle:

Wielandstr. 35

12159 Berlin

www.ssip-web.de

Tel.: +49 (0)30/8510339-0

Fax: +49 (0)30/8510339-1

Mail: mitteilungen@SSIP-web.de

Bankverbindung:

GLS-Bank Bochum

IBAN: DE51 4306 0967 1218 6594 00

BIC: GENODEM1GLS